

Wirtschaftsdienst

Deutscher Volkswirt

Herausgegeben von der Zentralstelle des hamburgischen Kolonialinstituts

Der Wirtschaftsdienst erscheint wöchentlich einmal. Jahrespreis bei der Post und im Buchhandel 30.— Mark

In Kommission bei Otto Meißners Verlag in Hamburg. Schriftleitung: Hamburg 36, Rothenbaumchaussee 5. Fernsprecher: Hantsa 2447—51

Nr. 11

Hamburg, den 14. März 1919.

4. Jahrg.

Inhalt:

Die industrielle Bedeutung Oberschlesiens.....	Seite 213	Portugal	Seite 223
Das Ende der österreichisch-ungarischen Kronen- währung	„ 215	Niederländisch-Indien	„ 224
Länder-Berichte:		Weltwirtschaftliche Übersichten:	
Belgien	„ 217	Geld und Kapital.....	„ 227
Schweiz.....	„ 218	Schiffahrt und Schiffbau.....	„ 228
Spanien.....	„ 219	Rohstoffe und Warenmärkte.....	„ 230
		Getreide und Futtermittel.....	„ 231

Die industrielle Bedeutung Oberschlesiens

Es ist das Unglück Deutschlands, daß seine wichtigsten Industriebezirke durchweg an der Peripherie des Reiches liegen. Die Begehrlichkeit der Nachbarn wird dadurch gereizt. Den Franzosen kommt es weit mehr darauf an, die reichen Bodenschätze und Unternehmungen von Elsaß-Lothringen in ihre Gewalt zu bekommen, als den geringen französischen Bruchteil der elsaß-lothringischen Bevölkerung mit dem Mutterland zu vereinigen. Da das Saarrevier dicht dabei liegt, möchten sie es auch gleich einverleiben. Belgien richtet lüsterne Blicke auf das rein deutsche Industriegebiet von Aachen. Und wenn die Feinde die oft ausgesprochene Absicht wahr machen, das linke Rheinufer dauernd zu besetzen, dann wird auch das Industriegebiet an Ruhr und Sieg, das schon immer nicht allzuweit von der Grenze entfernt war, in ständigem Bangen leben müssen.

Im Osten steht es nicht anders. Oberschlesien ist von tschechischen und polnischen Feinden umgeben. Und wie die Franzosen es verstanden haben, ihren Ansprüchen das irredentistische Mäntelchen umzuhängen, so machen die Polen und Tschechen geltend, daß Oberschlesien von Angehörigen ihrer Nationalität bewohnt sei. Dabei beteiligten sich, obwohl die Polen Wahlenthaltung proklamierten, 60–80 v. H. der Bewohner Oberschlesiens an den Wahlen zur Nationalversammlung und legten damit ein Bekenntnis für Deutschland ab. Was in Oberschlesien an wirtschaftlichen und kulturellen Werten vorhanden ist, das verdankt es den Deutschen. Deutschland und niemand anders hat die obereschlesische Industrie begründet und zu ihrer jetzigen Blüte entwickelt.

Das obereschlesische Steinkohlenbecken greift auf das Ausland über. Von 5757 qkm Flächenausdehnung entfallen auf das Deutsche Reich 2800 qkm (48,6 v. H.), auf das frühere Österreich 2517 qkm (43,5 v. H.) und auf das ehemalige Rußland 440 qkm (7,9 v. H.). Im Rahmen des deutschen Gesamtkohlenvorkommens steht der obereschlesische Bezirk mit 166 Milliarden t an zweiter Stelle hinter Rheinland-Westfalen (213,6 Milliarden t); es folgen der Gesamtsaarbezirk

mit 16,5, das linksrheinische Gebiet mit 10,5, der niederschlesische Bezirk mit 2,9, die übrigen kleineren preußischen Steinkohlenbezirke mit 0,25 und das frühere Königreich Sachsen mit 0,225 Milliarden t. Unter Zugrundelegung der jetzigen Förderung würden allein die in einer Tiefe bis zu 1000 m lagernden Vorräte auf preußisch-oberschlesischem Gebiet noch rund 1200 Jahre reichen. Aber auch dann befänden sich in größeren Tiefen immer noch mindestens 23 Milliarden t. Der Wert des Vorkommens beträgt, wenn man von dem Förderwert der letzten Friedenszeit von 9 M. pro t ausgeht, 1494 Milliarden M.

Der Anteil an der Gesamtförderung des Deutschen Reiches ist im obereschlesischen Steinkohlenbezirk von 21,37 auf 23,49 v. H. 1908–1912 gestiegen, im niederrheinisch-westfälischen Bezirk von 48,43 auf 58,79, dagegen gefallen im Aachener Bezirk von 2,47 auf 1,75, im Saargebiet von 12,22 auf 9,25, im sächsischen Bezirk von 6,97 auf 2,89 v. H. und im niederschlesischen von 5,56 auf 3,15 v. H. Das Tempo der Entwicklung war also, abgesehen von Rheinland-Westfalen, in Oberschlesien am größten. Absolut betrachtet ist die Steinkohlenförderung von 1881–1912 allgemein gestiegen: in Oberschlesien von 10,4 auf 41,1, in Niederschlesien von 2,7 auf 5,5, in Rheinland-Westfalen von 23,6 auf 102,8, im Saarbezirk von 6 auf 16,2, im Aachener Bezirk von 1,2 auf 3,1 und im sächsischen Bezirk von 3,7 auf 5,1 Mill. t.

Was die Koks-erzeugung anbetrifft, so wurden 1912 insgesamt rund 41 Mill. t Steinkohle zur Gewinnung von Koks eingesetzt oder 24 v. H. der gesamten Förderung. Davon entfielen auf Rheinland-Westfalen 33,8 Mill. t oder 33 v. H., auf das Saarrevier 3,2 Mill. t oder 20 v. H., auf Ober- und Niederschlesien aber nur 4 Mill. t oder 8,6 v. H., Sachsen 0,12 Mill. t oder 2,4 v. H. der Jahresförderung des Bezirkes.

Bis kurz vor dem Kriege waren in Oberschlesien 58 Steinkohlengruben in Betrieb. Bekannt ist die Bedrängung der obereschlesischen durch die englische Kohle. 1911 hatte in Berlin zum ersten Male der Verbrauch an englischen Kohlen

denjenigen der oberschlesischen überflügelt. Der Krieg brachte dann die englische Konkurrenz in Wegfall. Über die Kohlenförderung während des Krieges liegen Zahlen bislang nur für 1914 und 1915 vor (in Mill. t):

	1913	1914	1915
Deutsches Reich	191	161	146
Oberbergamtsbez. Breslau	49,08	42,03	42,6
Oberbergamtsbezirk Dortmund	111	94,7	83,5
Bonn	19	15,6	13,1
Elsaß-Lothringen	3,82	2,85	1,96

Der Rückgang der Förderung beweist, daß die Befreiung vom englischen Wettbewerb jedenfalls in den ersten Kriegsjahren kein Äquivalent bildete für die Beeinträchtigungen durch den Krieg. Die oberschlesische Kohle kommt wesentlich für industrielle Verwendung in Frage; für Hausbrandzwecke ist sie weniger geeignet.

In der Eisenerzversorgung Deutschlands spielt der oberschlesische Bezirk eine weit geringere Rolle. Die gesamten deutschen Eisenerzvorräte wurden im Jahre 1910 auf 3 910 129 000 t geschätzt mit einem Eisengehalt von 1 312 544 000 t, das Vorkommen in Schlesien aber auf nur 17 850 000 t mit 7 110 000 t. Der Anteil Schlesiens am deutschen Gesamt-vorrat beläuft sich danach auf 1,8 v. H., was die Menge der Erze, und 2 v. H., was den Eisengehalt anbelangt. Nicht mitgerechnet sind hierbei für Deutschland und Schlesien insbesondere die sog. „Vorräte der dritten Reihe“ d. h. Vorräte, mit denen heute noch nicht gerechnet werden kann, da sie der Technik nicht zugänglich sind. Außerdem sind zu unterscheiden Eisenerze, die ohne jede Voraussetzung unter den gegenwärtig vorhandenen Bedingungen gewonnen werden können („erster Reihe“) und solche, deren Gewinnbarkeit vom Eintritt weniger und leicht erfüllbarer Voraussetzungen abhängt („zweiter Reihe“). Die Vorräte Oberschlesiens sind auf 12 Mill. t erster und 4 Mill. t zweiter Reihe geschätzt worden, während der deutsche Gesamt-vorrat in 2 865 Mill. t erster und 1 045 Mill. t zweiter Reihe zerfällt. Zu den Lagerstätten Oberschlesiens treten in Niederschlesien, hauptsächlich in den Sudeten, noch vereinzelte Vorkommen. Das bedeutendste ist die Magneteisenerz-Lagerstätte von Schmiedeberg im Riesengebirge (600 000 t Eisenerze erster Reihe).

Die Förderung Oberschlesiens an Eisenerz betrug 1912 nur noch rund 188 000 t, entsprechend einer Eisenmenge von 58 000 t. Die geringe Ausbeute hängt mit dem niedrigen Eisengehalt der Erze zusammen; er beträgt 23–25 v. H., seltener 28–31 v. H. mit 4 v. H. Mangan. Die Schmiedeberger Erze haben jedoch einen weit höheren Eisengehalt: 45–50 v. H. Die geringe Bedeutung der oberschlesischen Eisenerzförderung geht aus einem Vergleich mit der Gesamtförderung des Deutschen Reichs hervor, die im Jahre 1912 27 199 944 t ausmachte. Unter den 16 Eisenerzbezirken des Deutschen Reichs stand Schlesien 1912 hinsichtlich der Förderung an nur elfter Stelle.

Höchstens $\frac{1}{7}$ des Erzbedarfes der oberschlesischen Industrie wurde aus dortigen Gruben gewonnen. Der Rest mußte teilweise einen Schienenweg von 2000 km durchlaufen. In hohem Maße ist Oberschlesien in seinem Erzbezug auch auf das Ausland angewiesen. Besonders Rußland (Kriwoi Rog) lieferte vor dem Kriege größere Erzmengen.

Mit alledem, auch damit, daß die oberschlesische Kohle sich durchweg für die Koksbereitung nicht sonderlich eignet, hing es zusammen, daß die Selbstkosten der Roheisenerzeugung in Oberschlesien größer sind als anderenorts. Sie stellten sich vor dem Kriege auf 57,25 M pro t Roheisen gegenüber einem Selbstkostenpreis von 50,54 M in Rheinland-Westfalen. Im Jahre 1912 gab es in Oberschlesien 9 Hochofenwerke mit 37 Hochofen gegen 28 bzw. 115 in Rheinland-Westfalen, 16 bzw. 85 im Saargebiet und Lothringen, 27 bzw. 43

im Siegerland, Lahnggebiet und Hessen-Nassau und 13 bzw. 36 im übrigen Deutschland. Über die Roheisenerzeugung in Schlesien während des Krieges unterrichtet unser Aufsatz „Deutschlands Eisen- und Stahlerzeugung im Kriege“ in Nr. 8 des „W. D.“ vom 21. 2. 19.

Im Jahre 1912 bestanden in Deutschland 1547 Betriebe der Eisen- und Stahlgießerei. Davon entfielen 105 auf Schlesien. Von 172 Walzwerken, die das Reich 1912 insgesamt aufwies, kamen auf Oberschlesien 14.

Von größter Wichtigkeit ist Oberschlesien für die Versorgung Deutschlands mit Blei-, Zink- und Silbererz. Diese Lagerstätten befinden sich hauptsächlich in den Muldengräben von Beuthen und Tarnowitz. Die drei Haupterze sind Bleiglanz, Zinkblende und Markasit. Die Produktion Oberschlesiens ist im Laufe der Jahrhunderte erheblich gestiegen. i. J. 1791 betrug sie nur 16 688 t Zink- und 35 910 t Bleierze, i. J. 1897 dagegen 510 686 t Zink- und 35 847 t Bleierze. 1912 wurden an rohem silberhaltigen Bleiglanz und Zinkblende gewonnen (in t):

	Erze	Zinkgehalt	Bleigehalt
Oberschlesien	1 352 907	198 264	48 964
Rechtsrhein. Bez.	533 546	38 716	17 778
Linksrhein. Bez.	153 703	18 837	4 039
Harzer Bez.	186 258	14 233	7 799
Erzgeb. u. Schwarzw. Bez. ..	50 437	4 125	944
Zusammen	2 276 851	274 175	79 524

Oberschlesien steht also durchaus an führender Stelle. Es bestritt 60 v. H. der gesamten deutschen Produktion, wenn man die Erzmenge, 72,5 v. H., wenn man den Zinkgehalt nur 61,4 v. H., wenn man den Bleigehalt zugrunde legt, 17,4 v. H. der gesamten Welterzeugung an Zink wurde 1913 von Oberschlesien geliefert; im gleichen Jahre betrug die oberschlesische Bleierzeugung 25 v. H. derjenigen Deutschlands. An rohem Galmei wurden 1912 in Oberschlesien 206 069 t mit 26 911 t Zinkgehalt gewonnen.

Über die Zinkhütten orientiert folgende Tabelle (Stand des Jahres 1912)

	Zahl d. Betriebe	be-schäft. Pers.	Erzver-arbeit. t	Rohzinkerzeugung Menge t	Wert in 1000 M.
Rheinland	6	2 287	19 848	55 461	29 432
Schlesien	18	8 813	138 117	92 082	46 335
Westfalen, Braunschweig, Hamburg, Oldenburg und Sachsen	7	2 008	11 971	40 154	21 738
Deutsches Reich insges.	31	13 108	169 936	187 697	97 705

Der Metallgehalt der 1912 im Deutschen Reich gewonnenen Zinkerze beträgt insgesamt 301 521 t. Der wirkliche Zinkverbrauch machte aber nur 194 000 t aus. Das Deutsche Reich war daher in der günstigen Lage, nicht nur seinen Zinkbedarf vollständig durch die einheimische Erzeugung decken zu können, sondern darüber hinaus noch sehr erhebliche Mengen an das Ausland abzuführen. Der Verlust Oberschlesiens würde diese günstige Position zunichte machen.

Die deutsche Gewinnung von Nickel- Kobalt- und Wismut-Erzen, 12 091 t i. J. 1912 entstammt fast ganz dem sudetischen Erzbezirk und zwar der Grube „Martha“ bei Frankenstein (schlesische Nickelwerke). Bis 1894 vermochte diese Nickelerzförderung unseren Verbrauch zu decken. Seit 1895 übersteigt die Einfuhr die Gewinnung; 1912 wurden 14 987 t importiert.

Die Eisen- und Zinkindustrie beschäftigte im Jahre 1911 rund 80 000 Arbeiter mit einem Einkommen von rund 68 Mill. M. Im Kohlenbergbau waren 119 000 Arbeiter tätig mit einem Gesamteinkommen von 136 Mill. M.

Ein eindringliches Bild von der industriellen Bedeutung Oberschlesiens geben wenige Zahlen über den Wert der

Produktion der gesamten ober-schlesischen Montanindustrie im letzten Friedensjahr. Es betrug der Wert der

	in Mill. M.
Kohlenförderung	393,7
Produktion der Eisengruben	0,7
„ „ Zink- u. Bleierzgruben	36,4
„ „ Koksfabriken	47,1
„ „ Brikkettfabriken	5,0
„ „ Eisenhütten	70,1
„ „ Eisen u. Stahlgießereien	16,0
„ „ Walzwerkbetriebe	156,3
„ „ Verfeinerungs-Betriebe	94,2
„ „ Zinkblenderösthütten	3,7
„ „ Zinkhütten	75,8
„ „ Zinkblechwalzwerke	23,0
„ „ Blei- u. Silberhütten	16,3
Wert der Gesamtproduktion	938,7

Mit dem Ausscheiden des ober-schlesischen Montanbezirks würden also jährlich nahezu eine Milliarde M. dem Reiche verloren gehen; dabei ist auf die inzwischen eingetretene riesige Preissteigerung nicht einmal Rücksicht genommen. Rund 2 Milliarden M. Betriebskapital stecken in der ober-schlesischen Montanindustrie, die Betriebserweiterungen des Krieges nicht eingerechnet (z. B. die Reichsstickstoffwerke). Die Berg- und Hüttenwerke Oberschlesiens schütteten in normalen Zeiten durchschnittlich 50 Mill. M. jährlich an Dividenden und Reingewinn aus, 2½ v. H. des investierten Kapitals. 220 Mill. M. flossen als Löhne den Arbeitern zu, über 200 Mill. M. nahm die landwirtschaftliche Bevölkerung der an das Industrieviertel angrenzenden landwirtschaftlichen Gebiete für Lebensmittellieferungen ein (nach Petzold in der „Deutschen Allg. Ztg.“ Nr. 617 v. 4. Dez. 18).

Würde uns Oberschlesien geraubt, so bedeutete dies für die deutschen Eisenbahnen eine Einbuße von mehr als 40

Mill. t Frachten oder 10 v. H. des gesamten Frachtverkehrs. Die Oderschiffahrt würde 50 v. H. ihres gesamten Güterverkehrs (3 Mill. t) verlieren. An direkten Abgaben und Steuern allein gingen nach Friedenssätzen jährlich rund 4 Mill. M. verlustig, ohne die persönliche Einkommensteuer. Im Regierungsbezirk Oppeln wurden 1911 rund 8,5 Mill. M. Einkommensteuer veranlagt.

Die Polen rechnen darauf, die polnischen Eisenerzvorräte (5 Mill. t) und Bleizink- und Kupfervorkommen in Oberschlesien verhütten zu können. Das hierdurch gestärkte Polen würde uns im Osten bald zur Konkurrenz erwachsen wie Lothringen und Luxemburg voraussichtlich im Westen. Für die ober-schlesischen Werke ist andererseits die Aussicht, aus der deutschen Gesamtwirtschaft herausgerissen zu werden, keineswegs verlockend. Zum mindesten stände eine schmerzvolle Übergangszeit bevor. Würde Oberschlesien an ein fremdes Zoll- und Frachtsystem angeschlossen, so brächte dies einen Fortfall der bisherigen schon jetzt von den Werken als nicht ausreichend bezeichneten Frachtvergünstigungen mit sich. Dadurch würde es Oberschlesien noch schwerer fallen, sein Absatzgebiet zu behaupten und zu erweitern.

Der Regierungsbezirk Oppeln, der im wesentlichen den Montanbezirk umfaßt, läßt sich schließlich nicht willkürlich aus dem Gesamtverband der Provinz Schlesien herausreißen, ohne daß die schwersten, dauernden Schädigungen dadurch hervorgerufen würden. Im Verlaufe einer langen Geschichte sind die Regierungsbezirke Liegnitz, Breslau und Oppeln in kultureller wie in materieller Beziehung zu einer Einheit verwachsen. Betrachtet man aber Oberschlesien im Rahmen der ganzen Provinz, so tritt auch sein deutscher Charakter noch schärfer hervor.

Dr. Alfred Schmidt-Essen

Das Ende der österreichisch-ungarischen Kronenwährung

Die wirtschaftliche Liquidation der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie hat mit einem entscheidenden Schritt eingesetzt, den man die längste Zeit erst für das Ende des Liquidationsprozesses erwartet hatte: mit der Währungstrennung. Die Währungsgemeinschaft glaubte man am längsten aufrecht erhalten zu können, und an sie knüpften sich die Hoffnungen, die manche Kreise aus dem Widerstand Frankreichs gegen den Anschluß Deutschösterreichs an das Deutsche Reich schöpften. Aus der Währungsgemeinschaft sollte sich eine engere Wirtschaftsgemeinschaft der auf dem Boden der früheren Donaumonarchie begründeten Nationalstaaten, eine wirtschaftliche Donauföderation entwickeln, die Wien und Deutschösterreich die wirtschaftlichen Folgen der Revolution ersparen mochte. Daß man dabei die politischen und wirtschaftspolitischen Absichten der slavischen Nationalstaaten falsch eingeschätzt hatte, zeigte allerdings bereits das Vorgehen der jugoslawischen Regierung, die schon im Januar die Abstempelung der auf südslavischem Gebiet umlaufenden Kronennoten anordnete und sich so von der alten Währungsgemeinschaft losmachte. Die Abstempelung dauerte während des ganzen Monats Januar und erfolgte mangels jeglicher Vorbereitung in einer technisch außerordentlich mangelhaften Weise. Immerhin war das Vorgehen der Südslaven von relativ geringem Belang. Das Ende der österreichisch-ungarischen Kronenwährung schlug erst, als aus Prag die Meldung kam, daß die tschechische Regierung gleichfalls eine Abstempelung vorbereite, obwohl der Finanzminister Dr. Raschin erst Ende Januar in einer Rede vor der tschechischen Nationalversammlung die Nachahmung des südslavischen Beispiels entschieden abgelehnt hatte. Damit wurden die deutschöster-

reichische und die ungarische Regierung vor die Nötigung gestellt, die alte österreichisch-ungarische Währung ihrerseits außer Kraft zu setzen, da es nicht anging, Deutschösterreich und das auf die Hälfte verkleinerte Ungarn als alleiniges Geltungsgebiet einer Währung zu belassen, von der Banknoten von 37½ Milliarden im Umlauf sind.

Noch bevor die tschechischen Abstempelungsgesetze veröffentlicht waren, hat deshalb die deutschösterreichische Regierung zunächst Vorkehrungen getroffen, um ein übermäßiges Einströmen von Banknoten nach Deutschösterreich zu verhüten. Mit Vollzugsanweisung vom 15. Februar 1919 wurde vorerst die Einfuhr von Banknoten der Österreichisch-ungarischen Bank und die Überweisung von Kronenbeträgen nach Deutschösterreich, sowie die Durchführung solcher Überweisungen bis auf weiteres verboten. Das Staatsamt der Finanzen kann Ausnahmen gestatten. Im Reisendenverkehr ist die Mitnahme bis zu 500 K erlaubt. Angehörige der nichtdeutschen Nationalstaaten dürfen über ihre in Deutschösterreich bestehenden (später entstehenden) Kronenguthaben zu Zahlungen nach jenen Gebieten, in welchen sie ihren Sitz oder dauernden Aufenthalt haben, oder nach den Gebieten der anderen nichtdeutschen Nationalstaaten ohne Beschränkung, zu Zahlungen nach dem übrigen Ausland oder innerhalb Deutschösterreichs aber bis auf weiteres nur mit Genehmigung des Staatsamtes der Finanzen verfügen. Mit anderen Worten: Die Regierung legt der Ausfuhr von Kronen in die anderen Nationalstaaten keine Schwierigkeiten in den Weg, will aber verhindern, daß Fremdnationale hier mit ihren Kronenguthaben Aktien oder Fabriken u. dgl. ankaufen oder fremde Valuta erwerben. Zur leichteren Kontrolle sind die in Deutschösterreich bestehenden Gut-

haben und Forderungen von Angehörigen der nichtdeutschen Nationalstaaten als solche kenntlich zu machen und gesondert zu führen. Die Überführung von Zins- und Dividendenscheinen aus den anderen Nationalstaaten nach Deutschösterreich ist nur mit Genehmigung des Finanzamtes zulässig. Auf diese Weise soll verhindert werden, daß etwa tschechische Besitzer von Kriegsanleihen ihre Kupons in Deutschösterreich zur Einlösung bringen. Die Veräußerung von Wertpapieren an Angehörige eines anderen Nationalstaates ist nur mit Genehmigung des Finanzamtes zulässig (eine Bestimmung, die natürlich eine außerordentlich empfindliche Einschränkung des Geschäftsverkehrs der Wiener Börse zur Folge hatte). Durch ergänzende Verordnung ist auch die Einfuhr von Kassenscheinen der Österreichisch-ungarischen Bank und die Ausfuhr von Wertpapieren (außer Kriegsanleihe) verboten. Zur genauen Kontrolle der Absperrrmaßnahmen wurde zugleich eine allgemeine Brief- und Postpaketzensur verfügt.

Um Rekrimationen des Auslandes zuvorkommen, hat die Regierung gleichzeitig eine Art Motivenbericht für das Ausland veröffentlicht. Zu der Not- und Abwehrmaßregel habe sich die deutschösterreichische Regierung nur unter dem überwältigenden Druck der von den anderen Staaten vertragswidrig geschaffenen Verhältnisse entschlossen. Die deutschösterreichische Regierung erwarte, daß kein billig Denkender ihr Vorgehen mißverstehen werde. Der deutschösterreichische Staat könne es unmöglich darauf ankommen lassen, schließlich mit der Kronennote allein zu bleiben und so als Rechtsnachfolger der Österreichisch-ungarischen Monarchie angesehen zu werden, für deren Staatsschuld und Notenumlauf naturgemäß nicht er allein, sondern alle Sukzessionsstaaten haftbar und verbindlich seien. Besonders die im Ausland umlaufenden Noten seien dorthin keineswegs für Bedürfnisse und Bezüge des heutigen deutschösterreichischen Staates gelangt, sondern für gemeinsame Kriegszwecke sowie zur Deckung von Bezügen der gesamten alten Monarchie. Die deutschösterreichische Regierung sei weit davon entfernt, der Anerkennung dieser im Ausland umlaufenden Kronennoten zu widerstreben; sie beabsichtige nicht, sich einer finanziellen Verpflichtung zu entziehen. Sie könne aber den Anspruch erheben, daß auch die übrigen Sukzessionsstaaten ihren Verpflichtungen nachkommen. Zugleich erklärt sich die deutschösterreichische Regierung bereit, sich dem Spruch eines internationalen Schiedsgerichts zu unterwerfen, das die Verbindlichkeiten der aus der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie entstandenen Nationalstaaten gegenüber der Österreichisch-ungarischen Bank und den Notenbesitz sowie den Staatsgläubigern feststellen soll. „In Erwartung eines solchen Schiedsspruches erklärt die deutschösterreichische Regierung alle ihr durch das Vorgehen des jugoslawischen und tschecho-slowakischen Staates aufgedrängten Verfügungen als provisorische Maßregeln und ist bereit, alle Unterscheidungen zwischen den in den einzelnen Nationalstaaten gestempelten und den nicht gestempelten Banknoten fallen zu lassen, sobald dies auch von seiten der übrigen Nationalstaaten geschieht.“

Diese Rechtsverwahrung hat auf die tschechische Regierung keinen Eindruck gemacht. Vielmehr hat am 25. Februar Finanzminister Dr. Raschin der Prager Nationalversammlung zwei Gesetzentwürfe vorgelegt, die ohne Debatte genehmigt wurden und wohl das Kühnste und Rücksichtsloseste sind, was auf finanzpolitischem Gebiet in den letzten Jahrzehnten gewagt worden ist. Mit der Abstempelung der Banknoten wird ein wohl ohne Beispiel dastehender Versuch einer radikalen Sanierung der tschechischen staatsfinanziellen- und Währungsverhältnisse verbunden.

Das erste Gesetz ordnet an, daß die im Gebiet der tschecho-slowakischen Republik im Umlauf befindlichen Banknoten der

Österreichisch-ungarischen Bank mit einem Stempel von einem Prozent des Nominalwertes zu versehen sind. Die 2 und 1 K-Noten bleiben vorläufig von der Stempelung ausgenommen, wofür wohl hauptsächlich technische Gründe maßgebend sind, die deshalb berücksichtigt werden können, weil diese kleinen Stücke die Ein- oder Ausfuhr von sehr großen Beträgen bei den bestehenden Kontrollmaßnahmen kaum zulassen.

Von den zur Stempelung vorgelegten Banknoten sollen 50 % zurückgehalten und in eine 1%ge Zwangsanleihe umgewandelt werden, die seitens des Gläubigers unkündbar, vom Staat jederzeit rückzahlbar ist. Dieses Darlehen darf zu Staatsausgaben nicht verwendet werden. Die Stücke der Anleihe sind auch nicht übertragbar oder sonst zu verwerten und können nicht zur Zahlung der künftigen Vermögensabgabe verwendet werden, deren Einzelheiten noch nicht feststehen. Was mit den Beträgen geschieht, die der Eigentümer der Zwangsanleihe für Vermögenssteuerzwecke nicht braucht (z. B. weil er vermögenslos ist), darüber wird im Gesetz vorläufig nichts gesagt.

Mit dieser radikalen Einschränkung des Banknotenumlaufes, deren Durchführbarkeit und Wirkungen die nächsten Wochen zu erweisen haben werden, ist eine allgemeine „Kon-skription der Vermögen“ aller Art verbunden. Zu konskribieren und bezeichnen sind sämtliche im Gebiete der tschecho-slowakischen Republik befindlichen österreichischen und ungarischen Kriegsanleihen sowie Kassenscheine der Österreichisch-ungarischen Bank, sämtliche Geldeinlagen bei Kreditinstituten, ferner Geschäfts- und Mitgliedsanteile bei Gesellschaften und Genossenschaften, Vereinen usw. Die „äußer-bücherlichen“ Forderungen sind anzumelden. Was nicht angemeldet wird, verfällt zugunsten des Staates. Nicht angemeldete Einlagen und Forderungen dürfen überhaupt nicht ausbezahlt werden. Die Auszahlung der angemeldeten Forderungen kann (analog der Reduktion der Banknoten) vom Finanzminister bis zu 50 % des Betrages eingeschränkt werden. Wertpapiere aller Art (Obligationen, Schuldverschreibungen, Aktien usw.) sind zu konskribieren und zu verzeichnen. Der Finanzminister kann die Übertragung und Verpfändung von nicht bezeichneten Wertpapieren verbieten, für eine gewisse Zeit die Auszahlung der Kupons untersagen oder dieselbe an die Erfüllung bestimmter Bedingungen knüpfen. Als ausländische Wertpapiere werden alle Effekten angesehen, deren Kapital und Zinsen außerhalb der tschecho-slowakischen Republik zahlbar sind. Konskribiert werden ferner alles Gold- und Silber- und ausländisches Papiergeld (falsche Angaben werden als Meineid strafrechtlich verfolgt), ferner der Viehstand, landwirtschaftliche Maschinen, mit Gebäuden nicht verbundene Maschinen, Fuhrwerk, Rohstoffe, Halbfabrikate und Warenvorräte, ferner müssen alle Beträge einbekannt werden, die seit 1. August 1914 zur Anschaffung von Edelsteinen, Schmuck- und sonstigen Luxusgegenständen verwendet worden sind. Schließlich soll eine Konskription der Lebensversicherungspolice auf Kapital und Einkommen durchgeführt werden. Bei all diesen Anmeldungen wird eine kleine Evidenzgebühr eingehoben. Personen, die im Gebiet der tschecho-slowakischen Republik wohnen, sind verpflichtet, auch jene Vermögen, welche außerhalb dieses Gebietes liegen, zu fatieren. Die Feststellung des Vermögens erfolgt nach dem Stand vom 1. März 1919. Das Gesetz gilt auch für das gesamte von Tschechen besetzte Gebiet, also für Deutschböhmen, Sudetenland und Deutsch-Südmähren, wogegen die deutschen Gebiete bereits, wenngleich natürlich vergeblich, formell Protest eingelegt haben.

Soll durch das eine Gesetz der Notenumlauf auf die Hälfte eingeschränkt und die Voraussetzung für eine radikale Vermögensabgabe geschaffen werden (die, wie der Finanzminister ausdrücklich erklärt hat, auf einmal wird gezahlt werden müssen und nicht auf mehrere Jahre verteilt werden soll), so

soll durch das zweite Gesetz die Grundlage für die selbständige tschechische Währung geschaffen werden. Die tschechische Regierung wird eine in Gold, Silber oder ausländischem Papiergeld einzuzahlende 4%ige Anleihe auflegen, die frühestens nach vier Jahren rückzahlbar ist. Zinsen und Kapital werden in Metall oder in der Währung, in der der geliehene Betrag erlegt wurde, zurückerstattet. Außerdem werden Geldinstitute Einlagen in Metallgeld oder ausländischer Währung entgegennehmen und dagegen auf die entsprechende Währung lautende Büchel ausgeben dürfen. Die auf diese Anleihe gezeichneten Beträge oder Einlagen solcher Art bleiben von der Vermögensabgabe ausgenommen. Die Zinsen der Anleihe sind rentensteuerfrei. Ob diese Anleihe die zweifellos nicht unbedeutenden Metallmengen, die in Böhmen und Mähren namentlich in der bäuerlichen Bevölkerung angesammelt sind, hervorlocken wird, muß vorläufig dahingestellt bleiben. Die tschechische Politik hat die Hamsterung von Gold und Silber in der ihr eigenen Methode während des ganzen Krieges ebenso als „patriotisch“ gepredigt, wie jedes gegen den österreichischen Staat gerichtete Verhalten, und es ist fraglich, ob es nun gelingen wird, dem

Volke plötzlich eine andere staatliche Moral beizubringen. Nach den Erfahrungen, die die tschechische Regierung bei der Aufbringung von Lebensmitteln gemacht hat, muß das ernstlich bezweifelt werden.

Für die Zeit der Abstempelung wurde das tschecho-slowakische Gebiet hermetisch abgeschlossen. Die Abstempelung erfolgt in der Zeit vom 3. bis 9. März. Die tschechischen Grenzen bleiben, außer für Lebensmittel- und Kohlensendungen, für jeden Personen-, Waren- und Postverkehr gesperrt. Für alle zivilrechtlichen Forderungen ist vom 26. Februar bis 12. März ein Moratorium angeordnet. Bis dahin bleibt auch die Prager Börse geschlossen und stellt die Prager Devisenzentrale ihre Tätigkeit ein. Die Monatsgehälter werden am 1. März mit einem Viertel des Gehaltes bezahlt, der Rest ist am 10. zu entrichten. Damit ist auch für Deutschösterreich der Zeitpunkt gekommen, die Abstempelung auf seinem Gebiet in Angriff zu nehmen. (Schluß folgt.)

Wien, 28. Februar 1919.

Dr. Gustav Stolper, Wien

Belgien

Vorbereitungen auf den Wirtschaftskrieg — Entschädigung der Kriegsschäden — Arbeiterbewegung — Kohlenindustrie — Landwirtschaft — Staatsfinanzen

Ebenso wie Frankreich rüstet sich Belgien auf den Wirtschaftskrieg gegen Deutschland. Es beschränkt sich nicht nur auf Zwangsverwaltung*) des deutschen Besitzes in Belgien, sondern sucht ihn überall zu liquidieren und für die Zukunft allen deutschen Handel auf seinem Gebiet unmöglich zu machen. So hat die Stadt Brüssel auf einen Antrag des Schöffen Lemonnier alle deutschen Erzeugnisse von den künftig zu vergebenden städtischen Arbeiten ausgeschlossen, um hiermit den großen Staatsverwaltungen und der Regierung mit gutem Beispiel voranzugehen, die vor dem Kriege bei ihren Ausschreibungen häufig deutschen Häusern den Zuschlag erteilten; so sind beispielsweise sogar die Heizanlagen auf dem Truppenübungsplatz Beverloo und in den Forts von Lüttich und Antwerpen von deutschen Firmen ausgeführt. Ferner soll die Zulassung als Wechselmakler an der Brüsseler Börse von der belgischen oder alliierten Nationalität des Antragstellers abhängig gemacht werden, ja, man will sogar dieselben Voraussetzungen für die Aufsichtsratsmitglieder der Aktiengesellschaften vorschreiben. Die gleichen Maßnahmen hat die Hotelindustrie für ihre Angestellten getroffen. Die Drahtzieher des lebhaften Pressefeldzugs, der diese Vorgänge mit seinem Lärm begleitet, verlangen sogar Gleichstellung mit den Deutschen aller derjenigen, die während des Krieges auch nur die geringsten Handelsbeziehungen zum Feinde unterhielten; ein vorzügliches Mittel, wenigstens zeitweise die Konkurrenz zu unterbinden. Die Arbeitgeber syndikate und Mittelstandsvereinigungen in Ostflandern verlangen sogar, daß alle Waren, Werkzeuge und Rohstoffe dieser „Verräter“ beschlagnahmt und unter die „Patrioten“ verteilt werden, und haben ein derartiges Gesuch beim König, der Kammer und der Regierung eingereicht.

Um den illoyalen Handel deutscher Firmen zu unterbinden hat das Ministerium für Industrie und Arbeit angeordnet

durch besonders einzusetzende Kommissionen die Fragen der Handels- und Ursprungsmarken sowie des industriellen Eigentumsrechts zu prüfen.

Von vielleicht noch größerer Bedeutung als diese Sorgen um den auswärtigen Handel sind die Probleme der inneren Wirtschaft. Um mit dem Wiederaufbau des zerstörten anfangen zu können, hat die Kammer vorbehaltlich der endgültigen gesetzlichen Regelung der Wiedergutmachung von Kriegsschäden ein Gesetz angenommen, von dem 2 Artikel von allgemeinem Interesse sind. Sie lauten:

- 1) Die Regierung wird ermächtigt Vorschüsse auf die Entschädigungen zu gewähren, die später vor dem „Tribunal des dommages de guerre“ auf Grund einer Abschätzung des Schadens durch den Staatskommissar im Einvernehmen mit dem Geschädigten festzusetzen sind.
- 2) Wenn die Ausgabe nicht 2000 Fr. überschreitet, ist der Staat zu einem Vergleich mit dem Geschädigten ohne Verhandlung vor dem Tribunal ermächtigt.

Trotz dieser Maßregeln zur Beschleunigung des Aufbaus besteht die Krisis auf dem Arbeitsmarkt in unverminderter Heftigkeit fort, und die Notstandsarbeiten, zu denen die Regierung die Gemeinden unter Zusicherung staatlicher Geldbeihilfen ermuntert, werden daran wenig ändern.

Die Streikbewegung, die zuerst zum Ausstand der Brüsseler Straßenbahner geführt hatte, hat sich weiter auf die Industriebezirke von Charleroi und Lüttich ausgedehnt, wo die Cockerill'schen Werke und die „Fabrique Nationale d'armes de guerre“ wichtige Teile ihres Betriebs stilllegen mußten. Die Arbeiterpartei, von der drei Führer = Vandervelde, Anseele und Wauters = dem neuen Kabinett angehören, hat einen Feldzug zugunsten des Achtstundentages, von Lohnerhöhungen und der Anerkennung der Arbeitersyndikate eröffnet. Ihre Forderungen gehen auf eine Verdoppelung der Vorfriedenslöhne unter Zugrundelegung eines Mindeststundenlohnes von 1 fr für ungelernete und von 2 fr für gelernte Arbeiter. Die Hafenarbeiter verlangen 9 fr Taglohn und Abschaffung der Nacharbeit. Die Syndikate üben einen starken Druck auf die Arbeiterschaft aus, die Arbeit nicht vor Erfüllung ihrer Forderungen wieder aufzunehmen. Für die Ziele

*) In der belgischen Presse wurde folgende Liste der in Belgien unter Zwangsverwaltung gestellten deutschen und österreichischen Firmen veröffentlicht: „Deutsche Bank“, „Deutsche Effekten- und Wechsel-Bank“, „Nationalbank für Deutschland“, „Schwicker & Arendt“, „Société Produits de la Badische Anilin- & Soda-Fabrik“. Ferner folgende Versicherungsgesellschaften: „Germania“, Stettin; „Assurances générales“, Triest; „Friedrich Wilhelm“, Gladbach; „Magdeburg“, „Allianz“, Berlin; „Victoria“, Berlin; „Danubius“, „Anker“ und „Atlas.“

der belgischen Arbeiterbewegung ist es bezeichnend, daß parallel mit diesen Erscheinungen eine von dem Ende vorigen Jahres gegründeten wallonischen „Nationalen Kohlenarbeiterverband“ und dem „Flämischen Zechenrat“ organisierte Agitation gegen die Verstaatlichung der Kohlenbergwerke im Gange ist.

Die billigen Bedingungen, unter denen Belgiens Industrie im Frieden arbeitete, werden wohl für immer vorbei sein, und eine Verschärfung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage ist nicht von der Hand zu weisen. Wenn die Industriellen auch Entschädigungen zum Wiederaufbau erhalten, so ist es doch schwierig für sie, sich neue Werkzeuge und Maschinen zu verschaffen. Diejenigen, deren Maschinen während der Besetzung beschlagnahmt sind, und die wissen, wo sich ihr Eigentum befindet, können sie allerdings durch Vermittlung der beim Wirtschaftsministerium neu geschaffenen „Generalinspektion für den wirtschaftlichen Wiederaufbau“ widererlangen, aber es heißt doch für den größten Teil von Industrie und Handel, wieder von vorne anzufangen und sich eine neue Organisation zu schaffen unter schwierigen Umständen. Die Unzufriedenheit, daß der Waffenstillstand und die Rückkehr der Regierung kein Ende der Rationierung und der teuren Preise gebracht haben, ist allgemein im Lande; die Wahlfrage hat zu einer weiteren Erregung der Gemüter geführt, und der bolschewistische Samen kann auf einen fruchtbaren Boden fallen, wie es die Vorfälle unter den belgischen Besatzungstruppen bereits gezeigt haben.

Die einzige Industrie, die ein erfreuliches Bild aufweist, und auch während des Krieges eine günstige Entwicklung genommen hat, ist der Kohlenbergbau. Während die Zechen in Nordfrankreich durch den Krieg fast völlig unbrauchbar geworden sind, haben die belgischen ohne Schädigungen ihre normale Ausbeute fortsetzen können. Nach den letzten offiziellen Statistiken förderte Belgien vor dem Kriege 23 Mill. t Kohlen und verbrauchte 27 Mill. t. Da es außerdem 6 Mill. t ausführte, blieb ein Defizit von 10 Mill. t. Die Kohlenexporte bestanden aus magerer und halbfetter Industriekohle und Hausbrand und beliefen sich 1913 auf 6 738 053 t. Es gingen davon (in 1000 t) nach:

	Steinkohlen	Koks	Briketts	zusammen
Deutschland	256	282	—	538
Frankreich	4242	511	419	5172
Luxemburg	96	145	—	241
Holland	246	38	—	284

Die Einfuhr nach Belgien bestand hauptsächlich aus Kohlen zur Verkokung und Gasgewinnung sowie etwas englischem Hausbrand für das Küstengebiet und belief sich 1913 auf ungefähr 10 000 000 t. Davon stammten (in 1000 t) aus:

	Steinkohlen	Koks	Briketts	zusammen
Deutschland	5211	1002	458	6671
England	—	—	—	2281
Frankreich	828,5	51,4	1,5	881,4
Holland	—	74,3	6,5	80,8

Der deutsche Kohleneinfuhrhandel nahm bei weitem die erste Stelle ein. Die Ursache war der erheblich billigere Preis der deutschen Kohle, herrührend einmal aus dem direkten Verkauf ohne Zwischenhandel, dann aus den niedrigen Transportkosten auf dem Wasserwege und endlich aus den Vorzugstarifen für Kohlenzüge auf den belgischen

Staatsbahnen. Die deutsche Einfuhr nach Belgien wurde weiter begünstigt durch die „Société coopérative générale charbonnière d'Anvers“, deren Kapital zu mehr als 50 % in Händen des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats lag und die den ganzen deutschen Kohleneinfuhrhandel nach Belgien zentralisierte.

Augenblicklich ist der belgische Kohlenverbrauch stark eingeschränkt durch die Zerstörungen in der Industrie. So sind beispielsweise fast alle Hochöfen zerstört, von denen es im Industriebezirk Lüttich 23, Charleroi 24, Centrum 2, Brabant 3 und Luxemburg 4 gab. Für die Öfen, die augenblicklich im Gebrauch sind oder binnen weniger Monate angeblasen werden können, genügt die einheimische Kohlenzeugung. Es ist nicht anzunehmen, daß der heutige Verbrauch vor zwei oder drei Jahren wesentlich wachsen wird, denn der hohe Preis und die geringen Vorräte aller Materialien werden die Industrie nur langsam wieder in Gang kommen lassen.

Die belgische Presse versucht schon, die englischen Kohlenzechen in einen Konkurrenzkampf mit dem deutschen Kohlenimport zu ziehen. Sie führt die Benachteiligung der englischen Kohle auf dem belgischen Markt auf die Verteuerung durch den Zwischenhandel und die ungünstigen Transportbedingungen zurück und rät den Engländern, ihrerseits eine Zentralstelle für den Kohlenhandel in Brüssel zu errichten. Es ist jedoch anzunehmen, daß das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat seine frühere Bedeutung auf dem belgischen Markt wieder gewinnen wird, denn es sind zu viele belgische Interessen mit ihm verknüpft.

Die belgische Landwirtschaft ist in einem traurigen Zustand. Von 2 000 000 Stück Hornvieh, die das Land bei Kriegsausbruch besaß, sind ihm noch 500 000 Stück geblieben, und auch hiervon steht nur die Hälfte zu seiner Verfügung. Holland kann nur wenig liefern, Frankreich garnichts, das englische Vieh akklimatisiert sich schlecht in Belgien. Der Ausfall an Dünger schädigt den Ackerbau in besorgniserregender Weise; es bleibt dem Lande nur übrig, das von Deutschland beschlagnahmte Vieh zurückzuverlangen und von den alliierten Armeen Pferde zu kaufen. (Es hat von Deutschland bereits 57 Zuchthengste zurückerhalten und von der englischen bzw. amerikanischen Heeresverwaltung 135 000 Pferde gekauft.)

Die Versorgung mit Butter und Fleisch wird dadurch allerdings nicht gelöst, wenn man in Betracht zieht, daß Belgien vor dem Kriege bei einem Bestand von 900 000 Milchkühen und einer Produktion von 65 Mill. kg Butter noch jährlich 7 Mill. kg Butter, 18 Mill. kg Käse und 30–40 000 Stück Großvieh einfuhrte.

Die finanzielle Schuld des Landes hat sich um etwa 5 Milliarden fr erhöht, die aus den Vorschüssen der Alliierten während des Krieges bestehen.

Wenn man sich erinnert, daß am Vorabend des verhängnisvollen August 1914 Belgien nicht mehr allzu weit vom Staatsbankerott war, kann man sich eine Vorstellung machen von der Ungeduld, mit der es jetzt die deutsche Entschädigung erwartet. Inzwischen lebt es von den Vorschüssen, die seine Verbündeten ihm zukommen lassen „für die Bedürfnisse der Nationalen Verteidigung“.

P. Massonet

Schweiz

Französische Wirtschaftsoffensive

Während Deutschland bei Kriegsausbruch weitaus die erste Stellung auf dem schweizerischen Markt innehatte, hat sich im Laufe dieser Jahre die Lage erheblich geändert. Aus

Valutagründen sperrte sich Deutschland möglichst gegen die Einfuhr schweizerischer Industrieprodukte ab und war andererseits gezwungen, mit seinen Industrieerzeugnissen sparsam

umzugehen und die Ausfuhr nach dort erheblich einzuschränken. An seine Stelle traten mehr und mehr die Ententestaaten. Insbesondere Frankreich erkannte bald, daß die Gelegenheit günstig sei, verhältnismäßig mühelos den verhassten deutschen Konkurrenten auf dem schweizerischen Markt zu verdrängen und bemühte sich mit Macht, seine Erzeugnisse, insbesondere Luxuswaren, in steigendem Maße bei der Eidgenossenschaft anzubringen. Der Einfuhr aus der Schweiz setzte es dagegen erhebliche Widerstände entgegen, die es nur ab und zu aus Zweckmäßigkeitsgründen herabzumildern sich entschließen mußte. Die stark gewachsene Sympathie für Frankreich in der Schweiz und die entgegengesetzte Stimmung gegen Deutschland, insbesondere jedoch der Ausgang des Kriegs, hatten zur Folge, daß der Handelsverkehr mit den Ententestaaten immer mehr zunahm und Deutschland mit Österreich-Ungarn in den Hintergrund gedrängt wurde.

Als Hauptaufgaben, um sich den schweizerischen Markt zu sichern, werden allgemein folgende Punkte aufgestellt: erstens müsse man den Bedürfnissen der dortigen Bevölkerung in bezug auf Nahrungsmittel und Rohstoffe weit entgegenkommen; sodann müsse man eine möglichst vollkommene Ausgestaltung aller Verkehrswege zu Land und zu Wasser durchführen und drittens eine wirksame, systematische Werbetätigkeit entwickeln.

Deutschland hat diese Grundforderungen schon vor vielen Jahren erkannt, und seine Kaufmannschaft hat in bewährter Disziplin, die neidisch anerkannt wird, danach gehandelt. Als die Schweiz vor dem Krieg mit ihrer landwirtschaftlichen Erzeugung nicht auskam, beschaffte Deutschland ihr einen Teil ihres Bedarfs, ebenso als sie für die Ausbeutung ihrer Wasserkräfte Maschinen und Anlagen benötigte, sowie als sie Kali, Textilstoffe und manch anderes ausländische Erzeugnis brauchte. So kann man fast von einem deutschen Monopol vor dem Krieg in der Schweiz sprechen. Bedeutsam war, daß insbesondere der deutsche Kaufmann eine genaue Kenntnis aller verkehrspolitischen Bedingungen bewies. So konnte er infolge geringerer Gestehungskosten viel günstigere Preise stellen und seine Wettbewerber mühelos schlagen.

Nach Auffassung vieler Franzosen wird der Krieg doch noch seine Fortsetzung im Wirtschaftskrieg finden. Man fragt sich daher, wie die Lage Frankreichs in diesem Wirtschaftskrieg sein wird, welche Quellen ihm zur Verfügung stehen, welche Methoden man befolgen muß, um auch aus diesem Kampf als Sieger hervorzugehen. Frankreich besitzt, so rechnet man, nahezu alles, was Deutschland der Schweiz anbietet, und ist nicht gezwungen, diese Waren auswärts zu kaufen, sondern kann aus eigenen Erzeugnissen liefern. Seine Getreidefelder, seine Minen könnten, wenn die Volkswirtschaft voll in Gang ist, leicht erhebliche Überschüsse an den schweizerischen Bedarf abgeben, und was das Mutterland selbst nicht liefern könne, würden die Kolonien leicht aus ihren reichen Ernten abgeben können. Die Hauptaufgabe, diese Überlegenheit noch wirksamer zu gestalten, ist weniger

eine Material- als eine Transportfrage, und hier kommt man immer wieder auf ein Projekt zurück, das ununterbrochen seit Jahren in der französisch-schweizerischen Presse erörtert wird, nämlich die Schiffbarmachung der Rhone von Genf bis Lyon und die Schaffung eines Wasserweges für tiefgehende Dampfer auf der Strecke Bordeaux-Lyon. Die Bedeutung Lyons für den schweizerischen Markt könnte durch unmittelbare Verbindung mit Genf um ein vielfaches gesteigert werden, schon allein wenn man an die Lyoner Seidenindustrie denkt. Auch Marseille würde aus einer Ausweitung des Rhonebettes vor und hinter Lyon in seiner Bedeutung für das schweizerische Absatzgebiet außerordentlichen Nutzen ziehen. Die südfranzösischen Weine würden so wesentlich verbilligt in die Schweiz gelangen, wie überhaupt alle französischen Kolonialprodukte dringend eine Verbilligung der Transportverbindung mit der Schweiz erfordern.

Es scheint, daß bei den Franzosen der Gedanke an einen Wirtschaftskrieg fast noch ernster gemeint ist als bei den Engländern, denn man hört nahezu nirgends davon, daß französische Kaufleute geneigt seien, auf Umwegen über die Schweiz in Deutschland ihre Waren abzusetzen. Die französischen Kontrollorganisationen, die ja noch nach wie vor dort bestehen, werden einstweilen alles tun, um einen Abfluß ihrer Erzeugnisse nach Deutschland zu verhindern, und es ist gut, vor der Hand die Hoffnung auf Anbahnung freundschaftlicher Verhältnisse mit dem westlichen Nachbar abzulegen.

Es ist nicht zu leugnen, daß eine Anzahl schweizerischer Firmen, die früher gern mit Deutschland arbeiteten und deutsche Artikel dort vertraten, sich von uns abgewandt und ausschließliche Verbindung mit französischen Firmen gesucht haben. Man entnimmt daraus in Frankreich die Verpflichtung, sich diesen garnicht vereinzelt geäußerten Sympathien systematisch zuzuwenden und sie zu organisieren. Die Werbetätigkeit will man durch wirkliche Taten stützen. Man erkennt die Notwendigkeit an, die noch vorhandenen Läger möglichst ausgiebig für eine Versorgung der Schweiz zur Verfügung zu stellen; der kaufmännische Nachwuchs in Frankreich hat insofern auch die Wichtigkeit der nationalen Aufgaben begriffen, als er sich der heimischen Wirtschaft zur Förderung des Außenhandels, zur Aufsuchung ausländischer Absatzgebiete zur Verfügung stellt und der Beamtenkarriere weniger nachgeht als früher. Man erkennt auch, daß mit der Zusendung von Prospekten an die Kundschaft nur sehr wenig getan ist. Man fordert daher, daß der französische Vertreter im Ausland nicht einmal im Jahre, sondern mehrfach seine Kundschaft besucht und in ständiger Fühlung mit seinem Stamphaus steht, um ihm täglich Wünsche, Beschwerden und Forderungen der Kundschaft zu übermitteln. Daraus, daß in der Schweiz der Franzose gern gesehen ist, leitet er die Notwendigkeit ab, in verstärktem Maße Geschäftsreisende hinzusenden und überhaupt alle Kräfte der Nation anzuspannen, um diesen Markt der heimischen Wirtschaft zu erobern.

Dr. S. Schwabacher

Spanien

Ministerkrisis — Arbeiterbewegung — Teuerung — Eisenbahnen, Schifffahrt und Banken während des Krieges

Die Ministerkrisis, die zum Rücktrittsgesuch des Grafen Romanones geführt hat, erhält durch den tiefgreifenden Umwandlungsprozeß, in dem Politik und Wirtschaft des Landes sich zurzeit befinden, eine höhere Bedeutung als die ebenso häufigen wie bedeutungslosen Ministerwechsel der

letzten Jahre. Das Land braucht in dieser kritischen Zeit vor allem Stetigkeit seiner Leitung, in deren Interesse sich der vermittelnde Einfluß des Königs geltend macht, der den Ministerpräsidenten mit der Weiterführung der Geschäfte bis zur Erledigung der Budgetberatung beauftragt hat. Es wir-

in dieser Zeit nicht an Versuchen fehlen, in der seit dem 2. März vertagten Kammer eine Mehrheit für ein Ministerium Romanones zustande zu bringen; mit welchem Erfolg, ist bei der Gärung, in der die Parteibildung begriffen ist, nicht vor auszusehen. Auch ist mit der Möglichkeit von Neuwahlen zu rechnen.

Die Stellung des bisherigen Kabinetts, die durch die oppositionelle Haltung der konservativen Mehrheit stets sehr erschwert war, hat eine empfindliche Einbuße erlitten durch das Fehlen sichtbarer Erfolge in der äußeren Politik, die Romanones durch seine Reise nach Paris so geräuschvoll in neue Bahnen geleitet hatte. Auch er hat die Erfahrung machen müssen, daß das Ideal der Gerechtigkeit sich in Paris nach dem Siege stark verändert hat. Für die Enttäuschung, die das spanische Nationalgefühl bei der Entente erfahren hat, ist es bezeichnend, daß auch die liberalen spanischen Blätter entrüsteten Angriffen, namentlich auf Frankreich, unzweideutigen Raum geben und daß der Ministerpräsident selbst in seiner Kammerrede am 28. Februar mit Nachdruck auf die „Unantastbarkeit der Rechte“ Spaniens hinweisen mußte.

Innerpolitisch haben der alte Streit um die Autonomie und mit erneuter Dringlichkeit die Arbeiterfrage die augenblickliche Krisis herbeigeführt. Der leidenschaftliche Kampf um die Catalonische Unabhängigkeit hat neue Nahrung gezogen aus dem Lösungsversuch, den das Kabinett für den finanziellen Fragenkomplex herausgebracht hat, wonach die direkten Steuern den „Regionen“ überlassen werden, die indirekten Steuern und Monopoleinnahmen weiter dem Gesamtstaat verbleiben sollen. Die durch diese Regelung befürchtete Benachteiligung der ärmeren Provinzen hat zu heftigen Kundgebungen in der Kammer und im Lande geführt.

Hand in Hand mit diesen Unruhen geht die Arbeiterbewegung, die, zunächst lokaler und wirtschaftlicher Natur, gegen die Teuerung gerichtet, in steigendem Maße einen einheitlichen politischen Charakter annimmt, im asturischen Industriegebiet bereits mit dem Generalstreik droht und in einer Eingabe des „Allgemeinen Arbeiterverbandes“ die Erfüllung folgender Forderungen verlangt: Achtstundentag, Erhöhung der Löhne, Aufhebung der Akkordarbeit, Vereins- und Versammlungsfreiheit, sowie Ausbau des Arbeiterrechts und der Arbeitsversicherung. Gegen die Ausschreitungen ist die Regierung mit Militär und Aufhebung der konstitutionellen Garantien eingeschritten, so in Granada, Barcelona und Madrid. Hier ist es auch zu Ausweisungen „bolschewistischer“ Elemente — Deutsche, Österreicher und Russen — gekommen, unter denen sicherlich zahlreiche ganz unschuldige Leute waren.

Andererseits hat sich die Regierung den Forderungen der Arbeiterschaft nicht ganz verschlossen. Den Cortes ist ein Gesetzentwurf zugegangen, der die bisherige, auf ein Gesetz von 1908 zurückgehende Organisation „freiwilliger Altersunterstützungen“ (libertad subsidiada) zu einer z w a n g s weisen Altersversicherung aller Industriearbeiter und Angestellten von 16—65 Jahren mit einem Jahreseinkommen von weniger als 4000 Pesos ausbaut, deren Mittel zum weitaus größten Teil von Arbeitgebern und vom Staat aufzubringen sind. Ein wichtiger Anfang in der Sozialgesetzgebung, aber auch nur ein Anfang.

In der Teuerungsfrage ist der Versorgungsminister Argente dem allgemeinen Unwillen geopfert und auf seinem undankbaren Posten durch den konservativen Leiter der „Dirección General de Comercio“ Rodríguez ersetzt, ohne daß dadurch das auch für Spanien geltende Gebot angestrengtester produktiver Arbeit, die allein eine Besserung herbei-

führen kann, eine Änderung erfährt. Der Januarbericht der Handelskammer von Madrid gibt folgende Großhandelspreise für Nahrungsmittel bekannt:

Weizen	50	Pes. je 100 kg
Gerste	36	„ „ „ „
Mais	54	„ „ „ „
Reis	78—87	„ „ „ „
Zucker	1,65—2,00	„ „ 1 „
Graupen ...	120—150	„ „ 100 „
Öl	19,50	„ „ Arroba von 11,5 kg
Stockfisch ..	102—120	„ „ 50 kg
Eier	23—28	„ „ 100 Stück.

Die Verteuerung der Lebenshaltung während des Krieges ist aus folgenden, vom „Instituto de reformas sociales“ veröffentlichten Indexziffern ersichtlich:

im Juli 1914	1915	1916	1917	1918
Indexzahl 97,5	98,8	105,5	116,0	135,7

Die Versorgungsfrage ist für Spanien fast ausschließlich eine Transportfrage, die durch die gänzlich unzulängliche Leistung von Bahnen und Schifffahrt zum herrschenden Notstand geführt hat. Über den Zustand der spanischen Bahnen macht das Formentoministerium in dem den Cortes zugegangenen Gesetzentwurf über den Ausbau der Kleinbahnen (vergl. „W.-D.“ Nr. 8, Seite 155) Angaben, die wegen der in ihnen enthaltenen Stellungnahme der Regierung zu den Verstaatlichungsplänen und ihrer grundlegenden Bedeutung wegen in folgendem Auszug wiedergegeben werden:

„Obgleich früher ein Bauplan für strategische und Nebenbahnen bewilligt war, der ein Gesamtnetz von 12 594 km vorsah, und eine als ausreichend anzusehende Zinsgarantie von 5 % für die Dauer von 10 Jahren vorgesehen war, sind in 10 Jahren nur 610 km gebaut, das heißt 61 km jährlich! . . . Obgleich im Gesetz zur Verbilligung des Baues eine Spurweite von 1 m vorgesehen war, die im Ausland einem Durchschnittspreis von 70—80 000 Pes. je km entspricht, haben wir hier Kilometerkosten von 448 908 Pes. gehabt. . . . Dabei können wir in Spanien ebenso billig bauen wie im Ausland, wie aus den Kosten der Strecke Palma-Santiñy, die 81 963 Pes. je km betragen, hervorgeht. . . . Ebenso traurig ist das Betriebsergebnis der Bahnen: Nur eine Bahn hat ein Ergebnis von 5 % herausgewirtschaftet. Von 93 Mill. Pes. Anlagekapital verzinste sich 9 Mill. mit 4,43 % und 84 Mill. mit 0,67 %. Dabei sind 7 Linien schon seit 5 Jahren in Betrieb und trotzdem ist ihr Reingewinn gleich Null. . . . Der Betrieb der Bahnen hat täglich deutlicher das Mißverhältnis zwischen den Mitteln der Gesellschaften und dem öffentlichen Bedürfnis gezeigt. . . . Die Regierung verschließt sich dieser Erkenntnis nicht, sie teilt bis zu einem gewissen Grade die allgemeine Überzeugung, daß die einzige Lösung die Übernahme der Bahnen durch den Staat ist, aber sie glaubt, daß es ihr zurzeit an einer geeigneten Organisation fehlt, um diese Ansicht mit Erfolg zu verwirklichen, denn auch die Ergebnisse der augenblicklichen Staatsbahnen sind mehr als mittelmäßig. Während die Gesellschaft „Norte de España“ auf ihrem Gesamtnetz eine Einnahme von 36 808 Pes. je km. erzielt, ist der Ertrag auf der Staatsbahn Betanzos-Ferrol in 4 Betriebsjahren nur 9 622 Pes. je km. Die Gesamteinnahmen betrugen 1917 413 770 Pes., die Ausgaben 576 455 Pes.*). Ebenso unbefriedigend sind die Ergebnisse der übrigen 3 Staatsbahnen. Unter diesen Bedingungen kann zurzeit nicht daran gedacht werden, den Betrieb der großen spanischen Bahnen zu übernehmen. Vor allen Dingen hält die Regierung es für nötig, unter dem Namen „Comisaria General de Ferrocarriles“ ein neues Amt zu schaffen, dessen Aufgabe der Betrieb der schon im Staatsbesitz befindlichen und noch zu bauenden Bahnen ist. Hieraufhin kann später, wenn es sich als tunlich erweist, an die Übernahme weiterer Linien gedacht werden.“

Eine Betrachtung der Betriebsergebnisse der wichtigsten spanischen Bahngesellschaften während des Krieges ergibt folgendes Bild in Mill. Pesetas:

*) Die deutschen Staatsbahnen brachten 1912 eine				
Betriebs-einnahme je km von Mk. 57,461				
denen eine	ausgabe	„	„	38,135 gegenüberstand,
sodaß sich ein	überschuß	„	„	19,337 ergab.

Bruttoeinnahmen	1913	1914	1915	1916	1917	1918
Nordbahn.....	155 6	146 6	154 3	172 7	180 3	200 4
Madrid Zaragoza	134 0	128 2	135 6	152 9	165 2	187 3
Andalusische.....	29 61	29 5	31 1	35 2	35 8	39 4
Betriebsausgaben					geschätzt	
Nordbahn.....	78 2	75 5	78 4	100 2	123 7	166 9
Madrid Zaragoza	64 4	64 1	66 9	82 5	102 7	140 0
Andalusische.....	15 6	16 0	16 9	21 6	23 6	27 7
Finanzielle Lasten						
Nordbahn.....	63 5	61 5	63 3	60 5	55 7	62 8
Madrid-Zaragoza	48 4	48 5	47 5	50 0	49 6	49 6
Andalusische.....	10 8	11 1	10 8	10 0	11 2	11 2
Reingewinn						
Nordbahn.....	13 4	8 0	11 1	10 3	1 0	
Madrid Zaragoza	23 2	17 1	21 2	20 3	15 5	
Andalusische.....	2 6	2 4	3 4	2 2	0 9	
Dividende in Pesetas						
Nordbahn..... ¹⁾	24	15	18	15	—	
Madrid-Zaragoza ¹⁾	24	15	18	17	12	5(2)
Andalusische..... ²⁾	12 50	12 50	15	18	—	

Die seit 1917 außerordentlich ungünstigen Resultate sind auf die Lohnerhöhungen und die allgemeine Verteuerung der Rohstoffe, vor allem der Kohle, zurückzuführen, während die Bahnen eine Erhöhung der Tarife nur unzulänglich und spät erreichen konnten. Die Bewertung der Aktien hatte in 1918 empfindlich hierunter zu leiden; erst das Kriegsende und die im Dezember 1918 bewilligte Tarifierhöhung um 15 % brachten eine Besserung. Das auf ausländischen Ersatz angewiesene Material der nur eingleisigen Bahnen hat mit den steigenden Anforderungen des Kriegsverkehrs nicht Schritt halten können. Zwar zeigt die Einfuhr von Lokomotiven, Tendern usw. ein Zunehmen, aber sie bleibt immer noch unter Berücksichtigung der Preissteigerung weit hinter der Friedensziffer zurück. Ihr Wert betrug in 1000 Pesetas:

1914	1915	1916	1917	1918
8,611	1,387	3,797	3,897	6,287

Andererseits sind die spanischen Werkstätten während des Krieges erweitert bzw. neu gebaut. So hat in Valencia eine A.-G. „Talleres de Valencia“ mit 1½ Mill. Pesetas Kapital den Bau von rollendem Material aufgenommen, die „Máquina Terrestre y Marítima“, Barcelona, ihr Kapital von 3 Mill. auf 20 Mill. Pesetas erhöht, um ebenso wie die im März 1918 in Bilbao mit 20 Mill. Pesetas Kapital gegründete „Cia. Española Babcock & Wilcox S. A.“ den Bau von Lokomotiven aufzunehmen und endlich hatte die schon vor Kriegausbruch bedeutende Waggonbau-Gesellschaft in Beasain ihre Werkstätten erweitert. Ein wachsender Teil der spanischen Produktion ist jedoch ins Ausland, besonders nach Frankreich, gegangen. Der völlig neu aufgenommene Export von Eisen- und Straßenbahnwagen belief sich 1916 schon auf 8,86 und 1917 auf 13,5 Mill. Pesetas.

Ebenso wie der Bahnbetrieb hat die spanische Handelsflotte eine wenig befriedigende Entwicklung im Kriege genommen. Der Gesamttonnageverlust der Flotte durch kriegerische Maßnahmen und Seeunfälle beläuft sich auf 237 862 t. Wie wenig das Land in der Lage war, diesen Verlust zu ersetzen, ergibt sich aus den Bestandsangaben, die sich

1914 auf 640 Dampfer und 217 Segler mit zusammen 904 727 t 1916 „ 603 „ „ 240 „ „ „ 847 578 „ beliefen. Die Gesamtbautätigkeit der spanischen Werften während des Krieges wird auf 100 000 t geschätzt. Von den hochfliegenden Plänen zu Anfang des Krieges, die deutsche Linienreederei, besonders im Verkehr mit Amerika, zu ersetzen, ist unter diesen Umständen nur wenig zur Ausführung gekommen. Im Oktober 1914 wurde ein staatlich subventi-

onierter Dienst Bilbao — Falmouth aufgenommen und Ende 1916 von der Reederei Hijos de Yosef Taya, S. en C. eine Frachtlinie Barcelona — New York eröffnet. Die Gewinne der spanischen Großreederei sind, wenn auch nicht gering, so doch mit den überhohen Kriegsergebnissen anderer neutraler Schiffahrtsgesellschaften nicht zu vergleichen; die Cia. Transatlántica zahlte folgende Dividenden:

	1913	1914	1915	1916	1917
auf die Aktien.....	2,38 %	5 %	9,77 %	10 %	10 %
auf die Vorzugsaktien..	6 %	6 %	7 %	10 %	10 %

Zahlreiche Neugründungen haben stattgefunden, aber die zum größten Teil überkapitalisierten, zum Betrieb weniger Dampfer gegründeten Gesellschaften werden unter normalen Umständen kaum eine Rolle spielen. Größere Bedeutung kommt dagegen dem Ende 1916 erfolgten Zusammenschluß von 5 Reedereien in Barcelona, Valencia und Sevilla zur Gesellschaft „Transmediterranea“ zu, die über einen Park von 50 Dampfern verfügt.

Die Regierung sah sich gegenüber dem drohenden Abwandern der nationalen Flagge zu einem noch bestehenden radikalen Verkaufsverbot und gegenüber den wachsenden Transportschwierigkeiten zu einer Reihe von einschneidenden Anordnungen genötigt, die ihre Spitze im königl. Dekret vom 12. Juni 1918 fanden, das das Versorgungsministerium zur Requisition der gesamten nationalen Flotte ermächtigte; die beschlagnahmten Schiffe laufen unter der Verwaltung des im Oktober 1917 gegründeten „Comité de Tráfico Marítimo“, das sich aus Vertretern der Schiffahrtsinteressenten und der in Frage kommenden Ministerien zusammensetzt. Auf Grund dieses Gesetzes sind im Februar 1919 150 000 t für Import von Weizen und Kohle sowie zum Transport von Asturischer Wolle in Küstenfahrt beschlagnahmt. Für den gleichen Monat sind folgende Frachtsätze festgesetzt:

Kohle aus England	70–100 Pesetas je t je nach Nord- bzw. Mittelmeerhäfen
Häute aus Argentinien	1000 Pesetas je t
Baumwolle aus Nordamerika	20 „ „ Ballen von 100 % engl.
Weizen „ „	300 „ „ t.

Der Rest der noch in spanischen Häfen liegenden österreichischen Schiffe — 5 Dampfer — ist nach einer Meldung der „Information“ im Februar von Frankreich und Italien übernommen.

Von bleibender Bedeutung für die Friedenswirtschaft werden die während des Krieges in Spanien eröffneten Freihäfen sein. Es sind dies Cadix, seit Oktober 1914 Freihafen, Barcelona, seit Dezember 1917 und Bilbao, seit Juli 1918. Die Freihäfen sind sämtlich in der Art des Hamburgers als Freibezirke errichtet, deren Betrieb und Verwaltung von Lagerhausgesellschaften geleitet wird.

Der Freihafen von Cadix, dessen Gründung auf eine Anregung der kubanischen Handelskammer als ein Gegengewicht gegen die Ausbreitungsbestrebungen der nordamerikanischen Union in Latein-Amerika erfolgte, hat sich nach einem Bericht des dortigen englischen Konsuls gut entwickelt. Die hauptsächlich Güter im Verkehr des von der „Cia. Transatlántica“ und der „Pinillos Izquierdo & Cia“ auf der Fahrt Barcelona — Habana und New York regelmäßig angelaufenen Hafens sind Zucker, der vor Eröffnung des Freihafens nach Gibraltar ging, Kaffee, Kraftwagen, Nitrate, Öl, Jute, Kakao und Fischkonserven. Die Pläne, Cadix zu einem Verteilungszentrum von Kaffee zu machen, werden wegen des für diesen Handelszweig erforderlichen großen Kapitals kaum zur Ausführung kommen. Für die Einfuhr von Kraftwagen — ausschließlich aus Nordamerika — ist der Weg über den Frei-

¹⁾ Auf 475 Pesetas Aktie. ²⁾ Auf 500 Pesetas Aktie.

hafen besonders günstig, da die Wagen hier ausgepackt werden dürfen und nur den Zoll auf Nettogewicht zu zahlen haben.

Unter den zahlreichen wirtschaftlichen Vorlagen, die den Cortes zugegangen sind, nimmt das Gesetz betreffs Erneuerung des 1921 ablaufenden Privilegs der „Bank von Spanien“ eine besondere Stellung ein wegen seiner grundsätzlichen Bedeutung. Die Bank war während des Krieges heftigen Angriffen ausgesetzt, die ihr eine engherzige Dividendenpolitik und Verkennung ihrer Pflicht als „Bank der Banken“, namentlich bei Kriegsausbruch, vorwarfen. Wie wenig günstig die allgemeine Stimmung der Bank ist, geht aus dem Kursabschlag von 530 auf 490 hervor, den ihre Aktien im Zusammenhang mit der Privilegerneuerung gegen Jahresende erlitten. Über die Bedingungen, unter denen eine Erneuerung des Privilegs in Frage kommt, sind bisher nur Gerüchte in die Öffentlichkeit gedrungen. Der Status der Bank von Spanien weist in 1918 eine weitere Goldvermehrung auf, die allerdings nicht entfernt die Höhe der beiden Vorjahre erreicht. Im letzten Vierteljahr 18 ist eine stetige Abnahme zu vermerken, die im Januar 19 sogar durch eine geringe Goldabgabe fortgesetzt wird. Der Silberbestand hat parallel der Silberausfuhr aus Spanien, die 1918 (II. Monate) mit 8,24 Mill. Pes. die Einfuhr um 798 Mill. Pes. übertraf, weiter abgenommen. Die Entwicklung des Metallbestands und Notenumlaufs in den Kriegsjahren zeigt folgende Tabelle (in Mill. Pesetas):

	1914	1915	1916	1917	1918
Gold	666 199	960 942	1 340 534	2 054 286	2 309 849
Silber	707 020	752 905	741 508	710 538	642 157
Zusammen ...	1 373 219	1 713 847	2 081 042	2 764 824	2 952 006
Notenumlauf. 1	965 067	2 100 000	2 360 083	2 782 839	3 316 215
Bardeckung in Prozenten .	69,83	80,16	88,18	99,36	89,02

Im Januar 19 wurde der Notenumlauf durch königl. Dekret von 3½ auf 4 Milliarden Pes. erhöht, mit der Maßgabe, daß die Mehrausgabe von 500 Mill. voll in Gold zu decken ist. Da sich noch große Goldmengen im Verkehr befinden, wird die Bank dieser Bestimmung ohne sonderliche Anstrengung genügen können. Auf den übrigen Konten der Bankausweise 14—18 findet die Modernisierung der spanischen Wirtschaft in dem Ersatz der Personalkredite durch Lombardkredite eine ausdrucksvolle Kennzeichnung. Ein starkes Anschwellen auf Kontokorrent- und Diskontkonto in 1918, die in den vorhergehenden Kriegsjahren nur geringe Vermehrung bzw. sogar Verminderung zeigten, ist als Ausdruck der im Jahre 1918 mit Frankreich und den Vereinigten Staaten von Nordamerika geschlossenen Finanzabkommen zu erklären. Die Weise, in der diese Kredite — bisher 420 Mill. Pes. für Frankreich, und 75 bzw. 250 Mill. Pes. für Nordamerika — durch Wechsel auf das „Consorcio bancario español“ benutzt wurden, die zum Diskont zur Bank von Spanien gingen, hat wegen der hierdurch verursachten Vermehrung des Notenumlaufs zu lebhaften Inflationsbefürchtungen Anlaß gegeben, und es sind Verhandlungen im Gange, die Kredite von Regierung unmittelbar zur Regierung auf Grund einer spanischen Anleiheemission nutzbar zu machen.

Der Kriegsreichtum, der dem spanischen Kapitalmarkt zugeflossen ist, wird auch dadurch gekennzeichnet, daß Unternehmungen, die vor dem Kriege mit fremdem Kapital spanische Bodenschätze erschlossen haben, jetzt dazu übergegangen sind, ihren Geldbedarf in Spanien selbst zu decken. So hat die „Rio Tinto Co. Ltd.“ eine Obligationenleihe von 50 Mill. Pes. glatt untergebracht, und ebenso legt jetzt die „Barcelona Traction Light & Power Co.“ 15 Mill. Pes. 6% fünfjährige Obligationen zu 98% auf den spanischen Märkten zur Zeichnung auf. Die „Revista de ec

y hac.“ schätzt die spanischen Gesamtemissionen in 1918 auf 637,4 Mill. Pes., von denen 59% vom Staat, 41% vom privaten Geldbedarf beansprucht wurden; in den 5 Kriegsjahren beläuft sich der schätzungsweise Emissionsbetrag auf 2613,4 Mill. Pes., von denen 806,5 Mill. in privaten Anlagen Verwendung fanden.

Die Neigung des spanischen Kapitals für ausländische Anlagen wurde durch die geringe Verzinsung der spanischen Staatspapiere — auch bei der jetzt aufgelegten 500 Mill.-Anleihe ist am Zinssatz von 4% festgehalten — und den günstigen Kurs der Peseta begünstigt. Die Bewertung der Peseta während des Krieges zeigt folgendes glänzendes Bild:

Pariser Notierung	1913	1914	1915	1916	1917	1918
für chq. Madrid	92,25	96,—	106,25	117,25	130,—	136,75

Die Kursentwicklung in 1918 zeigt aber auch, wie sehr diese Bewertung der Peseta äußeren Umständen und nicht dem inneren Wert entspricht. Die Pariser Notierung betrug in 1918 für chq. Madrid:

Januar	138,25	Mai	159,75	September..	124,50
Februar ...	138,50	Juni	159,25	Oktober	116,75
März	141,50	Juli	155,25	November ..	108,75
April	150,75	August ..	139,75	Dezember ..	109,—

Die Banken sehen auf ein günstiges Geschäftsjahr zurück, das zu weiterer Ausdehnung des Geschäftskreises und vielfach zu Kapitalserhöhungen geführt hat. Von den ausländischen Banken hat die „Anglo South American Bank“ neben ihrer Niederlassung in Barcelona solche in Madrid und Bilbao eröffnet, die „London County & Westminster Bank“ in Madrid und Barcelona, die „Société Générale de Paris“ in Barcelona. Die Anbahnung neuer wichtiger Beziehungen kennzeichnen die Niederlassungen der „Mercantile Bank of the Americas, Inc.“ New York, und der „Royal Bank of Canada“ in der katalonischen Hauptstadt. Im zweiten Halbjahr 1918 erfolgte in Madrid die Gründung des „Banco Hispano Austro-Húngaro“, hinter dem der „Wiener Bank Verein“ und die „Pester Ungarische Commercial Bank“ stehen. Die mit 10 Mill. Pesetas Kapital ausgestattete Bank hat im September ihre Arbeit aufgenommen; für März 1919 ist die Eröffnung einer Filiale in Barcelona beabsichtigt.

Die spanischen Banken erweiterten in 1918 ihr Filialnetz, so „Banco Hispano Americano“, der jetzt über 20 Niederlassungen verfügt, und „Banco Urguijo“, der in Bilbao eine Tochtergesellschaft mit 20 Mill. Pesetas Kapital gründete unter dem Namen „Banco Urguijo Vascongado“; der „Banco de Barcelona“ erhöhte sein Kapital auf 50 Mill. Pesetas, bei 25 Mill. Pesetas Reserve. Die steigenden Bankgewinne der Jahre 1914—17 zeigt folgende Tabelle (in 1000 Pesetas):

	1914	1915	1916	1917
Hispano Americano	2 160	3 299	3 848	4 966
Vizcaya	1 355	1 547	2 006	3 844
Barcelona	967	1 007	1 937	2 506
Santander	275	419	468	755
Mercantil de Santander	200	601	830	1 547
Aragon	96	205	316	642

Der Zusammenschluß der spanischen Bankwelt soll im „Comité Central de la Banca Española“ die bereits bestehenden Bankervereinigungen im Norden und im Zentrum von Spanien sowie in Katalonien umfassen. Den dieser Vereinigung angeschlossenen Banken werden von der „Bank von Spanien“ Diskontermäßigungen und günstige Lombardbedingungen zugesichert. Es ist hier eine Kapitalmacht in der Bildung begriffen, von der die spanische Wirtschaft tatkräftige und selbständige Förderung erwarten kann.

Portugal

Monarchistenputsch und innerpolitische Lage — Parlamentsauflösung — Finanz- und allgemeine Wirtschaftslage — Schiffsahrtspläne — Wechselkurse

Wieder einmal ist in Lusitanien der Bürgerkrieg entbrannt. Unter dem unaufhörlichen Druck mehr oder minder skrupelloser Demagogen und Agitatoren und zerrissen durch den steten erbitterten Hader und die Intrigen seiner mehr von persönlichem Ehrgeiz, Machthunger und Eifersüchteleien erfüllten, denn um des Staates Wohlfahrt besorgten Parteipolitiker, scheint das unglückliche Land überhaupt nicht mehr zur Ruhe kommen zu sollen. Diesmal sind es zur Abwechslung wieder die Monarchisten, die im Hinblick auf die seit der Ermordung Sidonio Paes' in den republikanischen Kreisen herrschende Verwirrung abermals eine günstige Gelegenheit für die Verwirklichung ihrer Umsturzpläne gekommen wählten. Am 19. Januar wurde in Oporto die Monarchie ausgerufen. Der Royalistenaufruf blieb aber trotz angestrengter Bemühungen, ihm eine weitere Ausbreitung zu sichern, vorwiegend auf die von jeher stark mit monarchistischen Elementen durchsetzten nördlichen und nordwestlichen Teile des Landes beschränkt und fand sein Ende durch eine gegenrevolutionäre Bewegung, die am 13. Februar im monarchistischen Hauptquartier Oporto selbst ausbrach und der zudem durch die Blockade republikanischer Flotteneinheiten auch von der Seeseite abgeschnittenen Reaktion den Fang gab. Nach dem Wiedereinzug republikanischer Truppen in Oporto am 16. Februar darf Ruhe und Ordnung als vorläufig wiederhergestellt gelten.

Was die diesmalige monarchistische Bewegung über die meist nur ephemere Bedeutung der in Portugal fürwahr nicht seltenen Aufstände, Putsche und Rebellionen etwas hinaushebt, ist die lange, fast vierwöchige Dauer des Bestehens der Gegenregierung in Oporto, die dadurch aufgezeigte Schwäche der gegenwärtigen portugiesischen Machthaber und andererseits die Hartnäckigkeit und Sicherheit, mit der die Monarchisten ihre Absichten zu verwirklichen trachteten. Sogar ein Plebiszit soll von Seiten der Aufständischen durchzusetzen versucht worden sein. Wenn trotzdem die Bewegung keinen größeren und durchschlagenden Erfolg gehabt hat, so liegen die Gründe dafür in der unzulänglichen Vorbereitung des Putsches, dem dadurch bedingten, bald fühlbar gewordenen Mangel an Lebensmitteln, Streitkräften, Waffen, Munition usw., der fehlenden, wenigstens als Begeisterungsantrieb zu nutzenden Beteiligung des Thronanwärters (die Nachrichten von einem Auftauchen des Exkönigs Manoel und der Königinmutter Amelia in Spanien oder Portugal haben sich sämtlich als unrichtig erwiesen), nicht zuletzt aber in der teilnahmslosen Passivität der breiten Massen, die nach der früheren Regierungsform gemachten bösen Erfahrungen selbst in einer schlechtgeleiteten Republik noch immer von zwei Übeln das kleinere sehen mögen.

Vorläufig hat der Monarchistenputsch den Erfolg im republikanischen Lager gehabt, daß die sich vor kurzem noch erbittert befehdenden Parteien zu einer Einheitsfront sich zusammengeschlossen haben. Unter Vorsitz von José Relvas ist in Lissabon ein republikanisches Konzentrationskabinett gebildet worden, in dem alle republikanischen Parteien vertreten sind und das als Arbeitsminister — ein Präzedenzfall in der politischen Geschichte Portugals — auch einen Sozialisten zum Mitglied hat. Außerdem hat sich auf gemeinsame Anregung des zum Nachfolger von Sidonio Paes gewählten Admirals Canto e Castro und des gegenwärtigen Ministerpräsidenten aus Führern der Nationalisten, Unionisten, Demokraten und Evolutionisten ein politisches Direkto-

rium gebildet, das der Regierung in allen Fragen beratend zur Seite stehen soll. Dauer und Erfolg dieses Zusammenarbeitens wird man vorerst abwarten müssen. Der neue Ministerpräsident José Relvas, einst Finanzminister in der ersten republikanischen Regierung, war einige Jahre diplomatischer Vertreter Portugals in Spanien, zog sich dann aber fast ganz aus dem politischen Leben zurück. Ein maßvoller und besonnener Mann und vor allem unabhängig von jeder Partei, darf er sehr wohl als ein geeigneter Mittler zwischen den Parteien gelten, ob ihm jedoch zu Überbrückung und Ausgleich der recht schroffen Gegensätze in der portugiesischen Innenpolitik genügend Macht und Tatkraft zur Verfügung stehen werden, muß einstweilen noch sehr dahingestellt bleiben. Zumal wenn, wie es den Anschein hat, die Radikalen und Evolutionisten in Portugal wieder die Oberhand gewinnen.

Die letzte politische Meldung aus Portugal war die Nachricht von der Parlamentsauflösung, die im Hinblick auf die Zusammensetzung des jetzigen Koalitionskabinetts nicht weiter überrascht. In dem letzten, Anfang Mai vergangenen Jahres gewählten Parlament waren die Unionisten, Demokraten und Evolutionisten infolge ihrer damals proklamierten Wahlenthaltung nicht vertreten. Nachdem nunmehr aber Mitglieder dieser drei Parteien in die neue Regierung eingetreten sind, ist es nach portugiesischem Brauch nur rechtens, den bisher ausgeschalteten Parteien durch Auflösung des Kongresses und Ausschreibung von Neuwahlen auch die parlamentarische Mitarbeit wieder zu ermöglichen. Bezeichnend für den Umschwung in der portugiesischen Innenpolitik ist auch die Tatsache, daß in mehreren Lissaboner Blättern, u. a. im „Diário de Noticias“ und „Seculo“, bereits lebhaft für eine Rückkehr der seit dem Paes'schen Staatsstreich vom 5. Dezember 1917 verbannten demokratischen Parteigrößen Affonso Costa und Norton de Mattos Stimmung gemacht wird.

Die Finanzlage bietet, wie man es schon seit Jahrzehnten bei Portugal nicht anders gewohnt ist, ein sehr trübes Bild. Der bereits vom Finanzministerium fertiggestellte Staatshaushaltsvoranschlag für 1919/20 weist nach „O Commercio do Porto“ v. 20. 2. 19 folgende Ziffern in Contos auf:

	Ordentliche	Außerordentliche	Zus.
Einnahmen.....	93 402	2852	96 254
Ausgaben.....	90 978	4535	95 513
Überschuß bzw. Fehlbetrag +	2 424	— 1683	+ 741

Diese an sich nicht ungünstige Bilanzierung darf indessen nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich hier nur um einen Voranschlag handelt, von dem in Portugal der „Ist“-Etat in der Regel sehr erheblich abzuweichen pflegt. So schloß, wie in der ministeriellen Begründung des Budgetentwurfs ganz beiläufig erwähnt wird, auch das abgelaufene Etatsjahr wiederum mit einem Fehlbetrag von über 4130 Contos ab. Genaue endgültige Ziffern über den Staatshaushalt der letzten Rechnungsjahre stehen übrigens noch aus. Besonders interessant wäre es, daraus zu erfahren, auf welche Weise die Deckung der als „Kriegsausgaben“ in einen besonderen Etat eingesetzten Posten vorgenommen wurde, die in den Rechnungsjahren 1915—1918 30 000, 75 000 bzw. 150 000 Contos betrugen. Gerade die ewige budgetarische Defizitwirtschaft ist mit ein Hauptgrund für das unaufhaltsame Anschwellen der portugiesischen Staatsschul-

den. Über ihren Stand sind schon seit längerer Zeit keine näheren Angaben mehr veröffentlicht worden, doch wird man kaum fehlgehen, wenn man die Schuldenzunahme während des Krieges auf mehrere Hundert Millionen und die derzeitige gesamte Staatsschuld auf mindestens 1½ Milliarden Escudos veranschlagt. Allein die schwebenden Schulden beliefen sich laut „O Seculo“, Lissabon, v. 10. 12. 18 am 30. Juni 1918 auf 307 000 Contos; davon waren 15 800 Contos Verbindlichkeiten im Ausland. Das bedeutet gegenüber dem Stande vom 31. Dezember 1916 (170 265 Contos) eine absolute Zunahme von mehr als 125 Millionen und gegenüber dem Stande vom 30. Juni 1914 (88 702) nahezu eine Ver vierfachung der schwebenden Staatsschuld.

Ebenso wie die innerpolitische und finanzielle zeigt sich auch die allgemeine wirtschaftliche Lage zurzeit recht verworren. Die Industrie leidet nach wie vor an Rohstoff- und vor allem an Kohlenmangel. Außerdem wird sie, wie überhaupt das ganze Wirtschaftsleben, durch die anhaltende Ausstandsbewegung gelähmt. Der am 18. November von der Uniao Operaria Nacional proklamierte Generalstreik, der nur bei einer verschwindenden Anzahl der Arbeiterklassen, so im wesentlichen bei den Eisenbahnern, bei den Arbeitern einiger Staatsbetriebe und den Druckern Widerhall fand, wurde allerdings durch Auflösung des genannten Arbeiterverbandes und verschiedener anderer Berufsvereinigungen vernunftsmäßig rasch unterdrückt. Nichtsdestoweniger gärt es in den arbeitenden Klassen weiter fort. Im allgemeinen handelt es sich bei diesen unaufhörlichen Ausständen (der letzte und längstdauernde war der der Eisenbahner der Sul e Sueste-Bahn, der jetzt beigelegt sein soll) ausschließlich oder vorwiegend um durch die starke Verteuerung der Lebenshaltung hervorgerufene Lohnbewegungen. Doch ist stellenweise auch der Einfluß bolschewistischer Ideen nicht zu verkennen, die, von den portugiesischen Westfrontsoldaten ins Land getragen und durch russische Sendlinge kräftig weiterpropagiert, in den Köpfen der für agitatorische Einflüsterungen ohnehin leicht zugänglichen portugiesischen Arbeiterschaft, die sich in der weitaus größten Mehrheit aus Alphabeten rekrutiert, begreiflicherweise unschwer Wurzeln schlagen und rasch Anklang finden. Unter diesen Umständen muß mit der Ausbreitung bolschewistischer Strömungen und dem Aufflackern neuer Unruhen ernstlich gerechnet werden.

Genährt werden solche Umtriebe durch die noch immer sehr bedenkliche Lebensmittellage, die sich nach den außerordentlich kargen Ergebnissen der vorjährigen Ernte und infolge Ausbleibens der überseeischen Einfuhr jetzt doppelt fühlbar macht. Die Aussichten für die nächste Ernte scheinen einstweilen auch keine rosigen zu sein; denn die Landwirtschaft klagt über das Fehlen von Arbeitskräften und den Mangel an künstlichen Düngemitteln.

Etwas besser liegen die Verhältnisse jetzt anscheinend im Schiffahrtswesen. „O Jornal do Commercio e das Colonias“ v. 4. 2. 1919 veröffentlicht einen ausführlichen Schiffahrtsplan, der „in Übereinstimmung mit den jüngsten Ver-

einbarungen mit der englischen Regierung“ für die unter portugiesischer Regierungskontrolle fahrenden Dampfer regelmäÙige, zumeist halbmonatliche Fahrten nach und von England, Nordamerika, Mittelmeerhäfen, den afrikanischen Küsten usw. vorsieht. Die betreffenden Schiffe sollen in erster Linie der Ausfuhr von Wein, Kork, Konserven und getrockneten Früchten sowie der Einfuhr der von der portugiesischen Volkswirtschaft gegenwärtig am dringendsten benötigten Güter, wie Weizen, Kohle, Schwefel und Eisen dienen. Im Gegensatz zu den früheren, in der Regel nur auf dem Papier stehenden gleichartigen Verordnungen der portugiesischen Regierung scheint diesmal der Plan auch in die Tat umgesetzt zu werden. Wenigstens berichtet „Diario de Noticias“, Lissabon, v. 9. 2., daß auf der Strecke S. Thomé-Bordeaux und auf den west- und ostafrikanischen Linien bereits Ende Januar und Anfang Februar die ersten fahrplanmäßigen Dampfer abgefahren sind.

Anknüpfend an den für Portugal günstigen Kriegsausgang und in der Hoffnung auf eine baldige Wiederbelebung des internationalen Güteraustausches macht sich auch in den portugiesischen Handelskreisen eine gewisse zuversichtliche Stimmung geltend. Diese kommt am besten zum Ausdruck in den Wechselkursen, die trotz der kritischen politischen, finanziellen und wirtschaftlichen Lage des Landes und nicht zu vergessen der noch keineswegs zum Stillstand gekommenen inflationistischen Bewegung seit Abschluß des Waffenstillstandes eine stark steigende Tendenz aufweisen. Die starken Kursschwankungen während der letzten drei Jahre veranschaulicht nachstehende Zusammenstellung:

Datum	Scheck auf London in Pence für 1 Escudo Mittelkurs	90 Tage = Sichtwechsel auf London	Wert des engl. Pfund. in Escudos	Goldagio %
3. 1. 16.....	34 ¹ / ₈	—	7,02	55—60
2. 1. 17.....	31 ³ / ₈	—	8,40	76—86
16. 3. 18.....	28	287 ¹ / ₁₆	10,90	128—138
23. 5. 18.....	33 ¹ / ₂	34 ¹ / ₂	11,35	152—155
12. 9. 18.....	28 ¹³ / ₁₆	291 ¹ / ₄	9,85	115—122
15. 11. 18.....	31 ⁷ / ₈	32 ¹ / ₂	7,30	57—67
16. 12. 18.....	33 ¹ / ₂	337 ³ / ₈	7,50	62—67
15. 1. 19.....	35 ¹ / ₈	355 ³ / ₈	7,50	65—68
16. 2. 19.....	34 ¹⁵ / ₁₆	353 ³ / ₈	7,60	65—70

Den einzigen stichhaltigen Grund für das Anziehen des Wechselkurses ergeben die letzten in größerem Maßstabe wieder aufgenommenen Weinverschiffungen (vgl. „W.-D.“ 1919 S. 210). Alle übrigen kursverbessernden Momente sind einstweilen Zukunftsmusik. So erhoffen die portugiesischen Handels- und Industriekreise vom Friedensschluß für die portugiesischerseits geleistete Kriegshilfe vor allem eine finanzielle Kriegsentschädigung, eine für Portugal vorteilhafte Lösung der Kolonialprobleme und daran anschließend — einen raschen wirtschaftlichen Aufschwung Lusitaniens. Ehe aber in Anbetracht der innerpolitischen verworrenen Zustände (ihren Niederschlag auf den Wechselkurs zeigt deutlich die letzte Reihe der obigen Tabelle) solche Hoffnungen auch nur in bescheidenstem Maße in Erfüllung gehen können, wird noch viel Wasser den Tejo hinabfließen.

Dr. Ed. Dannemann

Niederländisch-Indien

Allgemeine Entwicklung — Zucker- und Kautschuk-Frage — Schiffahrt — Zukunftsaussichten und Handelsverschiebungen

Allgemeine Entwicklung. Die bemerkenswerte Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der eingeborenen Bevölkerung Niederländisch-Indiens ist in erster Linie auf die Entwicklung des Anbaues der Lan-

deserzeugnisse im Laufe der letzten Jahrzehnte zurückzuführen. Am deutlichsten ist der Fortschritt auf Java und Madura, wo die wirtschaftliche Entwicklung am weitesten fortgeschritten ist. Einer diesbezüglichen Veröffentlichung des holländischen

Kolonialministeriums entnehmen wir einige Angaben, die aus-
gehen vom Zuwachs der Bevölkerung. Die 1900 und 1905 vor-
genommenen Volkszählungen ergaben für Java und Madura
eine eingeborene Bevölkerung von 28,4 bzw. 29,7 Millionen
Seelen. Ende 1917 war der Stand der eingeborenen Bevölke-
rung 33 652 000 Seelen. Seit 1900 ist also eine Zunahme um
18,5 % zu verzeichnen.

Die von der indischen Bevölkerung in Java und Madura
in Anbau genommene Fläche mit Ausnahme von Djokjakarta
und Soerakarta und einigen Privatländereien stieg von 1900
bis 1915 von 4,2 auf 6,2 Millionen Bouw, die mit Reis ange-
baute Fläche belief sich 1915 auf 3,73 gegen 3,12 Millionen
Bouw im Jahre 1900. Der Ertrag von Sawareis stellte sich
1915 auf reichlich 87 gegenüber 74 Millionen Pikul im Jahre
1900. Auch der Anbau von Mais, Kassaven, Erdnüssen und
Kedele hat dauernd zugenommen. Der Rindviehstapel stieg mit
Ausnahme von Djokjakarta und Soerakarta im Laufe von
10 Jahren (1905—1915) um 778 000 Köpfe, entsprechend unge-
fähr 18 %.

Von der Einfuhr sind Webstoffe, Tonwaren und Kram-
waren für die einheimische Bevölkerung von besonderer Be-
deutung. Man kann deshalb die Steigerung der Einfuhr in die-
sen Artikeln als einen Maßstab für den zunehmenden Wohl-
stand der Eingeborenen betrachten. Vergleicht man die Ein-
fuhr von 1913, als die des letzten normalen Friedensjahres, mit
der von 1900, so zeigt die Einfuhr von baumwollenen und halb-
wollenen Stoffen eine Steigerung von 30,4 auf 74,4 Mill. Gul-
den, die von Tonwaren von 1,7 auf 4,6, die von Kramwaren
von 2,2 auf 4,5 Mill. Gulden. Die Ziffern der Entwicklung in
den Außenbesitzungen weisen ungefähr denselben Verlauf auf.

Die wichtigsten zur Ausfuhr geeigneten Erzeugnisse der
einheimischen Bevölkerung sind Erzeugnisse des Forstbaues,
der Kopra- und Tapiokakultur und Häute. Die Ausfuhrwerte
derselben haben 1900—1913 folgende Steigerung erfahren (Wert
in 1000 Gulden):

Benennung	Java und Madura		Außenbesitzungen	
	1900	1913	1900	1913
Forsterzeugnisse	2 487	9 591	25 157	39 804
Kopra	5 202	18 997	5 109	36 004
Häute	2 646	7 325	869	1 900
Tapioka	537	8 998	—	102

Insbesondere die starke Entwicklung der Koprakultur
hat auf die wirtschaftliche Lage der einheimischen Bevölkerung
günstig zurückgewirkt. In den Jahresberichten des Präsi-
denten der Bank von Java wird immer wieder darauf hinge-
wiesen.

Auch die Zunahme des Reiseverkehrs läßt
Rückschlüsse auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der
Eingeborenen zu. Im Jahre 1900 wurden die Eisenbahnen von
etwa 9½ Millionen Eingeborenen, 1916 von mehr als 35 Mil-
lionen Eingeborenen benutzt. Einige 17 Trambahnunterneh-
mungen zählten im Jahre 1916 58½ Millionen Fahrgäste ge-
genüber 20½ Millionen im Jahre 1900. Die Zahl der Depo-
sitenkunden bei den Postsparkassen stieg von 9000 im Jahre
1900 auf 84 000 im Jahre 1917, die Einlagen wuchsen von
260 000 Gulden im Jahre 1903 auf 1 237 000 Gulden im Jahre
1917 an. Einen besonders geeigneten Maßstab für die Beur-
teilung des zunehmenden Wohlstandes bildet auch die Zahl der
Mekkapilger. Während sie 1902/03 annähernd 5700 betrug,
machten 1914/15 schon 28 400 Eingeborene die Pilgerreise
nach Mekka.

Die Zuckerfrage. Einen breiten Raum nimmt seit
einiger Zeit in der holländischen Tages- und Fachpresse die
von der indischen Regierung beabsichtigte Einschränkung des
Zuckeranbaues um ein Viertel ein. Die Zuckerindustrie ist
bekanntlich das bedeutendste landwirtschaftliche Gewerbe der

Kolonie. Ihre Ausfuhr, die 1913 auf 157 Millionen Gulden be-
wertet wurde, weist heute ungefähr den doppelten Wert auf.
Die Erzeugung war von 750 000 Tonnen im Jahre 1900 auf
etwa 1 500 000 Tonnen im letzten Friedensjahre gestiegen. Diese
günstige Entwicklung hielt zunächst auch im Kriege an. In
den ersten beiden Kriegsjahren kauften England und Frank-
reich die ganze Zuckerernte Javas auf, die im Durchschnitt der
letzten Jahre auf 28 Mill. Pikul geschätzt wurde. Durch die
starke Nachfrage stieg der Preis auf 10 Gulden per Pikul und
darüber, und Produzenten und Händler machten glänzende
Geschäfte. Der erste Rückschlag in dieser Entwicklung trat
im Sommer 1917 ein, als im Verfolg des uneingeschränkten
U-Bootkrieges ernste Verschiffungsschwierigkeiten eintraten.
Der Absatz der auf 29¼ Mill. Pikul geschätzten Ernte, die be-
reits zum großen Teil zu hohen Preisen an die chinesischen
Zwischenhändler verkauft war, geriet ins Stocken, die Chi-
nesen weigerten sich, abzunehmen oder machten einer um den
anderen bankerott, der Preis für Supérieur fiel in kurzer Zeit
von 14½ auf 9¼ Gulden. Die Kultur- (Pflanzungs-) Banken,
welche die Vorräte bevorschußt hatten, blieben damit sitzen,
es drohte Niederländisch-Indien ein allgemeiner wirtschaft-
licher Zusammenbruch. Dadurch, daß sich 125 Zuckerfabriken
zu einer Vereinigung zusammentaten, um die Preise zu halten,
wurden sie schließlich der Krisis Herr, aber gegen Ende 1917
waren doch noch 14 Mill. Pikul unverschifft gegen 5 Mill.
im Jahre zuvor. Dank der anhaltenden Zuckernot in allen Ver-
brauchsländern ließ sich in der Folge auch dieser Vorrat bei
steigenden Preisen und einer monatlichen Durchschnittsver-
schiffung von 2,5 Mill. Pikul abstoßen. Das Erntejahr 1918
brachte neue Schwierigkeiten. Die Schiffsraumfrage wurde
immer brennender, die Einfuhrbeschränkungen häuften sich,
die Entfernung von den wichtigsten Verbrauchszentren, Euro-
pa und Amerika, ließ den Zucker von Java gegenüber dem
näher gelegenen von Kuba zurücktreten. Die Verschiffungen
fielen auf weniger als eine Million Pikul im Monat. Ende
September 1918 war der unverschifft Vorrat schon wieder auf
25½ Mill. Pikul gestiegen, der Preis von Supérieur war schon
im Juni/Juli auf fünf Gulden und damit unter die Selbst-
kosten herabgesunken. Durch finanzielle Stützungsmaßregeln
seitens der Kulturbanken wurde auch diese Krisis glücklich
überwunden. Der größte Teil der Erzeuger schloß sich wieder-
um zusammen, um den auf Ausnutzung der Notlage abzielen-
den ausländischen Abnehmern entgegenzutreten. Die indische
Regierung kam ihnen zu Hilfe, indem sie einen Mindestpreis
von 7¼ Gulden für Supérieur festsetzte und die Ausfuhr ge-
nehmigungspflichtig machte. Viele Erzeuger gingen zu einer
Einschränkung des Anbaues über, die, wenn auch nicht all-
gemein beachtet, doch durchschnittlich 15 % des im Jahre zuvor
angebauten Areals ausmachte. Gegen Ende des Jahres 1918
war die Lage wieder hergestellt. Der Mindestpreis für den ver-
hältnismäßig geringen Restbestand aus der Zuckerernte 1918
(er wurde auf 150 000 Tonnen geschätzt) konnte erhöht werden,
die Ausfuhrbeschränkung fiel bald ganz weg. Verkäufe aus
der Ernte 1919 für Lieferung etwa im Juni 1919 wurden schon
wieder zum Preise von 12 Gulden per Pikul für Supérieur
und 10¼ Gulden für Muskovados getätigt.

Nun ist vor einiger Zeit bekannt gegeben worden, daß die
indische Regierung zwecks Sicherstellung der Nahrungsmittel-
versorgung der Kolonie — besonders die Zufuhr von Reis war
im Laufe des letzten Jahres Gegenstand großer Sorgen — eine
Einschränkung des Zuckeranbaues auf Java
um ein volles Viertel plane. Es darf die Bemerkung
eingeschaltet werden, daß es sich um den Anbau für das Ernte-
jahr 1920 handelt, der ein Jahr zuvor, zumeist zwischen Februar
und Juni, vorgenommen zu werden pflegt. In Anbetracht der
inzwischen gänzlich veränderten politischen Verhältnisse mußte

diese Maßregel bei den Zuckerpflanzern, die längst nicht mehr an freiwillige Einschränkung dachten, vielmehr hofften, bei den sich nach dem Friedensschluß und dem Freiwerden von Frachtraum bietenden günstigen Aussichten für Javazucker für die Ausfälle von 1917 und 1918 sich schadlos halten zu können, Bestürzung und stärksten Widerspruch auslösen. Wenn man mit einer Durchschnittsernte von 28 Mill. Pikul rechnet und für 1920 einen Durchschnittspreis von 10 Gulden per Pikul annimmt, so würde eine 25prozentige Einschränkung einen Minderertrag von 70 Millionen Gulden bedeuten. Welchen Ausfall das nicht nur für die Zuckerindustrie Niederländisch-Indiens, sondern auch für die eingeborene Bevölkerung und die Regierung bedeuten würde, ergibt eine dem „Nieuwe Rotterdamsche Courant“ entnommene Aufstellung darüber, wie sich die Verteilung des Ertrages der Zuckerernte gestaltet. Danach würden von den 70 Millionen Gulden entfallen:

auf die inländische Bevölkerung.....	19 000 000
„ „ Zwischenhändler.....	7 500 000
„ „ Zuckerfabriken und ihr Personal.....	34 000 000
„ „ Verwaltungen und Kulturbanken.....	2 000 000
„ „ Regierung, Eisen- und Straßenbahnen.....	7 500 000

Dem würde gegenüberstehen eine Ernte von Reis und anderen Nahrungsmitteln im Werte von höchstens 8—10 Mill. Gulden, so daß vom rein geschäftlichen Standpunkte aus selbst eine teure Einfuhr vorzuziehen wäre.

Die Lage hat sich in letzter Zeit so zugespitzt, daß auf einer jüngst in Amsterdam von Interessenten abgehaltenen Versammlung erwogen wurde, ob man nicht in Anbetracht des Schadens, der Indien aus einer solchen Einschränkung des Zuckerrohranbaues erwachsen würde, falls wirklich eine dahin zielende Verordnung herausgebracht werden sollte, den Anbau uneingeschränkt fortsetzen und alles Weitere abwarten sollte.

In einem Punkte hat die Regierung, wie oben angedeutet, schon nachgegeben. Die Erteilung von Ausfuhrgenehmigungen und die Festsetzung von Mindestpreisen durch eine in Indien von der Regierung bestellte Kommission ist infolge der ablehnenden Haltung der Verwaltungen in Holland aufgehoben und ihnen die volle Handelsfreiheit wieder eingeräumt worden.

Das Verbot der Kautschukausfuhr, das am 8. Oktober 1918 erlassen wurde, und gegen das augenblicklich gleichfalls in der holländischen Presse ein lebhafter Feldzug im Gange ist, geht auf die Krisis am indischen Kautschukmarkt im Sommer 1918 zurück. Als damals infolge Verschiffungsschwierigkeiten die Preise der meisten Kolonialprodukte Niederländisch-Indiens sehr stark fielen, veranlaßte die indische Regierung die Bildung von Produzentenvereinigungen für die Haupterzeugnisse, deren Aufgabe es war, die Vorräte zusammenzufassen und zu kontrollieren, ihren Verkauf und die Ausfuhr zu regeln, um die Preisbildung beeinflussen zu können. Auch eine Vereinigung der Kautschukproduzenten wurde gegründet und, nachdem das Kautschukausfuhrverbot erlassen war, Kautschuk nur gegen Erlaubnisschein zur Ausfuhr zugelassen. Die Ausfuhrerlaubnis sollte aber vom 1. Februar an nur erteilt werden an Erzeuger, die an die Produzentenvereinigung angeschlossen waren. Diese Maßregel, die gerechtfertigt sein mochte, solange der Kautschukpreis, wie im Sommer 1918, einen Tiefstand von 0,45 bis 0,5 Gulden per Pfund hatte, fiel nun zusammen mit einem gänzlichen Umschwung der Lage, indem noch vor Zustandekommen des Waffenstillstandes eine Entspannung am Kautschukmarkt eingetreten war, die innerhalb von wenigen Wochen eine Verdoppelung der Kautschukpreise mit sich brachte und damit wieder eine gewinnbringende Ausfuhr möglich machte. Zumal als die Erfüllung amerikanischer Kontrakte durch die unzeitgemäß gewordenen Regierungsmaßnahmen stark behindert erschien, und nachdem Näheres über die weitgehenden Befugnisse der Produzenten-

vereinigung bekannt geworden war, erhob sich in den Kreisen der holländischen Kautschukinteressenten ein Sturm der Entrüstung. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Pflanzungsverwalter auf Java gar nicht befugt seien, die in Europa belegenen Verwaltungen so zu binden und zu bevormunden, wie das durch die der Produzentenvereinigung anheimgegebenen schwerwiegenden Entscheidungen, zum Beispiel die Einschränkung des Anbaues, geschehen könne, während die Verwaltungen in Europa den vorwiegend europäischen und amerikanischen Geldgebern verantwortlich blieben. Es wurde auch geltend gemacht, daß von den ungefähr 368 Millionen Gulden, die in der niederländisch-indischen Kautschukkultur europäischer- und amerikanischerseits angelegt seien, nur ein verschwindender Prozentsatz in Indien selbst aufgebracht wurde.

Um dem starken Sinken der Preise, das im Laufe des Jahres 1918 in die Erscheinung getreten war, zu steuern, hatten die niederländisch-indischen Kautschukpflanzler, einem Vorschlage der internationalen Kautschukkommission entsprechend beschlossen, die Kautschukerzeugung auf 125 Pfund für den Acre zu beschränken, den Mindestpreis aber auf 2 sh 5 d festzusetzen. Ende 1918 betrug der Preis in Amsterdam für in Indien liegende Ware nur 85 bis 90 Cents, ließ aber dabei doch den Pflanzern noch einen ausreichenden Gewinn.

Die Erzeugung Javas und Sumatras betrug (1918 schätzungsweise):

1918	1917	1916
49 685 t	40 597 t	29 144 t

Von Java und Sumatra zusammen waren 1913 nur 6754 t, 1916 aber schon 33 861 t ausgeführt worden.

Schiffahrt. Das Interesse der japanischen Reedereien für die niederländisch-indische Schiffahrt nimmt stetig zu. Nachdem erst kürzlich die Osaka Shosen Kaisha drei neue Linien, nämlich einen monatlichen Frachtdampferdienst Calcutta-Rangoon-Singapore-Batavia-Semarang-Soerabaja, einen vierzehntägigen Passagier- und Frachtdampferdienst Bangkok-Singapore-Batavia-Semarang-Soerabaja und einen wöchentlichen Passagier- und Frachtdampferdienst, die sogenannte Straits-Sumatra-Linie, mit Anlaufen von Palembang, Port Swedeham, Penang und Deli, eingerichtet hat, ist nun von der japanischen Regierung auch einem aus der Murai Kisen Kaisha und der Sato Shosen Kaisha in Kobe gebildeten Konzern die Genehmigung für einen Halbmonatsdienst von Hongkong über Saigon, Bangkok, Singapore nach Java und zurück erteilt worden. Der Verkehr soll mit sechs Dampfern von je ungefähr 3000 Tonnen aufgenommen werden. Die Absicht der Nanyo Yusen Kabushiki Kaisha, durch ihre Dampfer Menado anlaufen zu lassen, ist vorläufig aufgegeben, es ist aber nicht ausgeschlossen, daß die Gesellschaft in Verbindung mit einer nach dem Kriege in Aussicht genommenen Europalinie den Plan in veränderter Form doch noch verwirklichen wird.

Da die Betriebskosten der japanischen Schiffahrtsgesellschaften erheblich niedriger sind als die der europäischen Gesellschaften, verursacht der japanische Wettbewerbs der holländischen Kolonialschiffahrt nicht geringe Sorgen. Um beim Wiedereinsetzen des normalen Verkehrs auf der Höhe und der Lage gewachsen zu sein, sehen sich die holländischen Schiffahrtsgesellschaften zur Verstärkung ihres Schiffsparks veranlaßt. So hat kürzlich die Koninklijke Paketvaart Maatschappij den Neubau von sieben Schiffen beschlossen. Zu ernsteren Befürchtungen glaubt man trotzdem im Hinblick auf die günstige Lage der niederländisch-indischen Schiffahrtsgesellschaften keinen Anlaß zu haben.

Über die Zukunftsaussichten des niederländisch-indischen Handels, insbesondere des Handels mit dem Mutterlande, scheinen die Ansichten auch in Indien

geteilt zu sein. Einem Bericht des holländischen Konsuls Schuurmann ist zu entnehmen, daß man sich dort noch keineswegs darüber klar ist, wie die Nachkriegszeit den indischen Handel beeinflussen wird. Immerhin ist es eine bemerkenswerte Tatsache, daß sich im Laufe des Krieges japanische und amerikanische Banken auf Java niederlassen konnten, während man es in Indien lieber gesehen hätte, wenn ihnen holländische Banken dabei mit Niederlassungen in den Vereinigten Staaten und Japan zuvorgekommen und als Schrittmacher für die Ausfuhr aufgetreten wären. Im allgemeinen ist man der Ansicht, daß die holländische Industrie nach dem Kriege einen schweren Kampf um ihr Absatzgebiet auf Niederländisch-Indien wird führen müssen. Die japanische und amerikanische Konkurrenz sind im Laufe des Krieges so erstarkt, daß zum mindesten diejenigen holländischen Ausfuhrfirmen, die nicht ihre eigenen Niederlassungen draußen haben, kaum noch werden mitmachen können. Bei Japan bietet die durchschnittlich schlechte Qualität seiner Erzeugnisse noch eine breite Angriffsfläche. Ihr kann durch eine marktfähige bessere Qualität noch eher begegnet werden als der amerikanischen. Auf der anderen Seite aber machen sich die Japaner den Vorteil zunutze, unmittelbar mit den kleinen chinesischen Kaufleuten — der sogenannten zweiten Hand —, die sich mit einer sehr geringen Kommission begnügen, arbeiten zu können, was dem europäischen oder amerikanischen Exporteur nicht ansteht.

Eine Vorstellung von den im Laufe des Krieges eingetretenen Verschiebungen im Handel vermittelt die folgende Aufstellung über die Entwicklung der Ein- und Ausfuhr von Java und Madura seit 1913 (Werte in Millionen Gulden):

Jahr	Europa		Asien		Ver. Staaten		Australien	
	Einfuhr von	Ausfuhr nach	Einfuhr von	Ausfuhr nach	Einfuhr von	Ausfuhr nach	Einfuhr von	Ausfuhr nach
1913.....	210,2	133,3	74,8	165,3	6,3	10,3	8,8	8,1
1914.....	184,6	205,5	62,7	112,7	6,2	11,0	8,7	6,3
1915.....	159,0	216,3	83,6	169,9	11,5	26,8	4,8	19,6
1916.....	155,7	263,1	99,5	170,4	25,3	69,7	6,4	6,6
1917.....	104,8	100,6	147,4	191,8	47,4	144,6	10,2	13,9

Wie ersichtlich, hat besonders in der Einfuhr ein stetiger Rückgang des europäischen Anteils zugunsten desjenigen von Asien und Nordamerika stattgefunden. Das Bild der Ausfuhr ist bis 1916, entsprechend dem, was oben über die Landeserzeugnis-Ausfuhr gesagt wurde, für den Europahandel günstig, durchweg aber noch vorteilhafter für den Handel mit Nordamerika. Mit 1917 fällt die Ausfuhr nach Europa stark ab (U-Bootkrieg, Schiffsraumfrage), die nach asiatischen Ländern nimmt zu, die nach Nordamerika verdoppelt sich mit einem Schlage.

Darin wird nun freilich durch die Wiederherstellung geregelter Verbindungen nach Europa eine Rückbildung eintreten, aber auf alle Fälle wird der amerikanisch-indische Handel über den Stillen Ozean nach dem Kriege dauernd einen erheblich höheren Stand als den der Vorkriegszeit einnehmen, zum Nachteil des Handels mit Europa. Von besonderer Wichtigkeit für die Kolonie ist eine Verbesserung der Hafeneinrichtungen, da andernfalls der indische Handel mehr und mehr in Abhängigkeit von dem Welthafen Singapore gerät.

Dr. Arthur Heber

Geld und Kapital

Intervalutarische Kurse

Die Bewegung der Reichsmark war unregelmäßig mit einer Tendenz zur Schwäche. Die österreich-ungarische Krone zeigt am Ende der Berichtswoche Besserung. Auch die Kurse des £ St. des französischen Franken und des Dollar schwanken unregelmäßig.

Kurs der Reichsmark

	5. 3.	6. 3.	7. 3.	8. 3.	10. 3.	11. 3.	gegen Münzpari am 11. bzw. 10. 3.
Zürich.....	46,50	45,75	44,60	—	46,25	46,15	— 62,62
Amsterdam..	23,30	25,35	22,27½	—	23,27½	23,37½	— 60,56
Stockholm..	35,—	34,—	33,50	33,50	34,—	34,75	— 60,91
Kopenhagen..	37,75	37,25	36,—	—	37,—	36,35	— 59,11
Wien.....	206,20	206,20	206,20	206,20	205,10	—	+ 74,11

Kurs der österreich-ungarischen Krone

	5. 3.	6. 3.	7. 3.	8. 3.	10. 3.	11. 3.	gegen Münzpari am 11. bzw. 10. 3.
Zürich.....	22,50	22,50	23,27	—	22,27	20,60	— 78,52
Amsterdam..	11,40	11,10	11,25	—	11,60	11,52½	— 76,95
Kopenhagen..	19,—	19,—	18,60	—	18,50	—	— 75,53

Kurs des Pfund Sterling

	5. 2.	6. 2.	7. 3.	8. 3.	10. 3.	11. 3.	gegen Münzpari am 11. bzw. 10. 3.
Zürich.....	22,96	22,91	22,92	—	22,99	22,90	— 9,20
Amsterdam..	11,57½	11,56½	11,55	—	11,56½	12,58	— 4,46
Stockholm..	16,90	16,90	16,90	16,89	16,89	16,90	— 6,94
Kopenhagen..	18,27	18,27	18,27	—	18,27	18,23	+ 0,38

Kurs des französischen Franken

	5. 3.	6. 3.	7. 3.	8. 3.	10. 3.	11. 3.	gegen Münzpari am 11. bzw. 10. 3.
Zürich.....	87,90	87,90	88,—	—	88,—	88,—	— 12,—
Amsterdam..	44,40	44,25	44,30	—	44,25	44,20	— 7,92
Stockholm..	65,15	65,15	65,15	65,15	64,75	64,90	— 9,86
Kopenhagen..	69,95	70,10	70,10	69,90	69,90	70,20	— 2,50

Kurs des Dollar

	5. 3.	6. 3.	7. 3.	8. 3.	10. 3.	11. 3.	gegen Münzpari am 11. bzw. 10. 3.
Zürich.....	482,—	481,—	481,—	—	482,—	482,—	— 6,95
Amsterdam..	243,—	242,75	242,50	—	242,58	242,—	— 2,48
Stockholm..	356,—	356,—	356,—	356,—	356,—	—	— 4,56
Kopenhagen..	384,—	384,—	384,—	—	384,—	—	+ 2,95

Londoner Notierungen überseeischer Kurse

	27. 2.	4. 3.
Alexandrien.....	97½ pari	97½ pari
Bomb./Kalk.....	1 s 6 d—1 s 6½ d	1 s 6 d—1 s 6½ d
Hongkong.....	3 s 1 d	3 s 1 d
Shanghai.....	4 s 7½ d	4 s 7½ d
Singapore.....	2 s 4½ d—2 s 4½ d	2 s 4½ d—2 s 4½ d
Yokohama.....	2 s 13½ d—2 s 25 s d	2 s 13½ d—2 s 13½ d
Montevideo T.T.....	60½ d—61½ d	60½ d—61½ d
Rio de Janeiro.....	13½ d	—
Bs. Aires T. T.....	51½ d—51½ d	51½ d—51½ d
Valparaiso 90 T.....	9½ d	8½ d

Geldverfassung und Währungspolitik

Das deutsche Reichsbankdirektorium hat der schweizerischen Telegrapheninformation gedrahtet: „Nachrichten über geplante Abstempelung der Marknoten völlig unrichtig, derartige Schritt liegt außerhalb des Bereichs der Möglichkeit.“ („Voss. Ztg.“ Nr. 107 v. 27. 2. 19.)

Die Nationalversammlung des tschechischen Staates genehmigte ein Gesetz über die Notenabstempelung, wonach zunächst alle Banknoten mit Ausnahme der 1 und 2 Kronennoten, die unverändert bleiben, vom 3.—7. März zur Abstempelung vorzulegen sind. Für die Abstempelung wird 1 % des Notenwertes abgezogen. Ferner werden für 50 v. H. des Notenwertes verzinsliche Quittungen ausgestellt, die eine Zwangsanleihe darstellen. Diese Quittungen sind unübertragbar. Sie dürfen bei Steuerzahlungen und sonstigen Zahlungen an den Staat verwendet werden. Lebensmitteleinkäufe dürfen bis zum 7. März in ungestempelten Banknoten vollzogen werden. („Frankf. Ztg.“ Nr. 157 v. 27. 2. 19.)

Die Überstempelung der Banknoten in Ungarn sollte Ende der vergangenen Woche beginnen und drei Wochen in Anspruch nehmen. Täglich sollten 4 Mill. Stück, insgesamt etwa 100 Mill. Stück, überstempelt werden. 1 und 2 Kronennoten sind davon ausgenommen. („Frankf. Ztg.“ Nr. 174 v. 6. 3. 19.)

In Frankreich sind im Jahre 1918 115 400 000 frs. Neugeld geprägt worden gegen 142 700 000 frs im Jahre 1917 und 177 200 000 frs im Jahre 1916. 1918 ist wie 1917 kein einziges Goldstück geschlagen worden. 92 410 595 frs wurden in Silber und 9 422 604 frs in Nickelbronze herausgebracht. Der Rest ist für Indochina, Tunis und Marokko geprägt worden. („L'Information“ Nr. 48 v. 26. 2. 19.)

Der „Federal Reserve Board“ stellt als Ergebnis einer Untersuchung über den Goldbestand der Vereinigten Staaten fest, daß die Goldeinfuhr des Landes seit Kriegsbeginn 1914 die Ausfuhr um 1 071 669 000 \$ übersteige. Die „Federal Reserve-Banken“ allein haben eine Goldreserve von über 2 Milliarden, und der gesamte Goldbestand des Landes beträgt $\frac{1}{3}$ des Goldvorrats der Welt. Trotz der Inflation haben die Federal Reserve-Banken jetzt eine Bardeckung von 50 v. H. ihrer Noten- und Depositenverpflichtungen. („Nachrichten d. Auslandsprese“ Nr. 200 v. 24. 2. 19.)

Staatsanleihen

Auf die erste deutsch-österreichische Anleihe wurden 655 Mill. Kr gezeichnet. („W. Z. d. Zm.“ 21. 2.)

Laut amtlicher Darstellung stellen sich die Verbindlichkeiten Österreichs auf rund 83 Milliarden, jene Ungarns auf fast 43 Milliarden Kr. („W. Z. d. Zm.“ 21. 2.)

Laut Mitteilung des tschechischen Finanzministers beabsichtigt die tschechische Regierung nicht, einen Teil der österreichisch-ungarischen Kriegsanleihe zu übernehmen; die tschechisch-slowakischen Zeichnungen waren übrigens unverhältnismäßig klein, sie machten etwa 14 % der Spareinlagen in den tschechischen Banken aus, während die nicht-tschechischen Banken 44 %, einige sogar 72 % der Spareinlagen in Kriegsanleihen anlegten. („Ausl.-Pr.“ 24. 2.)

Der finnische Landtag ermächtigte die Regierung, zur Entschädigung für Revolutionsschäden 100 Mill. finn. Mark Staatsobligationen auszugeben. Der Landtag ermächtigte ferner die Regierung zur Aufnahme einer Staatsanleihe von 250 Mill. finn. Mark, wovon 100 Mill. für Anschaffung von Lebensmitteln bestimmt sind. („D. A. Z.“ 1. 3.)

Laut „Svensk Handelstidning“ vom 30. 1. werden die Aufruchtschäden in Finnland auf über 230 Mill. finnische Mark berechnet, jedoch nur zu höchstens 60 % vom Wert vergütet. Die Entschädigungsanleihe soll zu 5 % verzinslich und in spätestens 50 Jahren rückzahlbar sein.

Die Zeichnungen auf die schweizerische Bundesbahnanleihe von 100 Mill. fr beliefen sich insgesamt auf 103,85 Mill.; der Ausgabekurs war 97 %. („Inf.“ 21. 2.)

Die Stadt Rotterdam begab am 28. 2. 10 Mill. fl 5%ige Obligationen zu 97 $\frac{1}{4}$ %. („F. Z.“ 26. 2.)

Der belgische Finanzminister gibt bekannt, daß die Zinszahlungen auf die öffentliche Schuld Belgiens und auf die belgische Kongoschuld am 24. 2. aufgenommen worden sind. Die Bekanntmachung betreffs Zahlung amortisierter und ausgeloster Stücke steht noch aus. („Inf.“ 20. 2.)

Laut „F. Z.“ vom 23. 2. hat Frankreich der Schweiz vorgeschlagen, Schweizer Titel in Höhe von etwa 130 Mill. fr, die dem französischen Staat gehören, an die Schweiz zu veräußern. Der Gegenwert für die Frankreich abgenommenen Titel würde zur Tilgung der in diesem Jahre fälligen Kredite dienen, die die Schweiz Frankreich 1917 eingeräumt hat, ferner zum Ausgleich wirtschaftlicher Operationen. Frankreich hat s. Zt. schweizerische Werte aus den Händen französischer Besitzer erworben, um sie zur Deckung eines amerikanischen Kredits zu verwenden. Aus Amerika sind dann diese Titel an Frankreich zurückgegangen.

Die durch die Bank von Spanien aufgelegte Madrider Stadtanleihe von 35 Mill. Pts. dient öffentlichen städtischen Zwecken sowie der Abtragung von Schulden und der Abwicklung von Krediten der Bank. Die Verzinsung beträgt 5 % in Vierteljahrsraten; die Tilgung erfolgt in spätestens 50 Jahren zum Nennwert. Zinsen und Tilgungssumme sind steuerfrei. („Inf.“ 13. 2.)

Die italienische Regierung hat laut „Inf.“ vom 26. 2. Verhandlungen mit einem spanischen Bankensyndikat begonnen zwecks Aufnahme einer 200 Mill. Pts.-Anleihe.

Der amerikanische Staatsschatz plant statt Begebung einer fünften Freiheitsanleihe die Ausgabe von kurzfristigen, in ein bis fünf Jahren fälligen Schatznoten, deren Ausgabekurs der Kongreß festsetzen soll. („Inf.“ 22. 2.)

Die brasilianische Bundesregierung hat beschlossen, dem Staat Para ein Darlehen von 15 000 Reiskontos (22,5 Mill. fr) zwecks Erfüllung seiner Verbindlichkeiten zu gewähren. Ein gleicher Betrag wurde dem Staat Amazonas zum gleichen Zweck geliehen. Der Zinsfuß für beide Darlehen beträgt 4 %. Gewisse Einnahmen sind als Sicherung verpfändet. („Inf.“ 19. 2.)

Laut „South American Journal“ (London) vom 8. 2. hat die argentinische Regierung mit England, Frankreich und Italien ein Anleiheabkommen von 40 Mill. £ für Landesprodukte unterzeichnet. Eine Botschaft an den Kongreß erbittet Bestätigung dieses Abkommens.

Laut „Financial News“ vom 4. 2. wurden auf die neue Anleihe von Neu Süd Wales vom Publikum nur 1,1 Mill. £ gezeichnet, sodaß das Syndikat auf 67 % der Anleihe sitzen blieb. Die Erfahrung der früheren Anleihen lehrt jedoch, daß der Rest binnen weniger Monate vom Markt aufgenommen wird.

Schiffahrt und Schiffbau

England

Schiffahrtsfragen im Unterhaus. Auf eine Anfrage, warum die Fracht für Reis von Rangoon nach Bombay noch 55 rs für die Tonne betrage, gegenüber einer Fracht von nur 30 rs im letzten Jahre, von $\frac{1}{2}$ rs vor dem Kriege, und ob im Hinblick auf die in weiten Teilen Indiens herrschende Hungersnot nicht eine erhebliche Ermäßigung dieses Frachtsatzes angezeigt und möglich sei, erwiderte der Staatssekretär für Indien: Die zurzeit in Indien herrschende außerordentliche Treuerung habe bereits Veranlassung gegeben, dem Schiffahrtsamt die Ermäßigung der Reisfracht von Burmah nachdrücklich nahe zu legen. Daraufhin habe nunmehr eine Herabsetzung der Fracht um etwa 43 v. H. gegenüber dem Stande vom November und Dezember 1918 stattgefunden. Danach beträgt die Fracht für Reis von Rangoon nach Bombay jetzt 30 rs für die Tonne, abzüglich einer Rückgabe von 10 v. H.

Auf die Anfrage, 1) welche Beträge aus Staatsmitteln als Ersatz für vom 4. August 1914 bis zum Waffenstillstand verloren gegangenen Schiffe an die Reeder gezahlt seien, 2) wieviel die ursprünglichen Anschaffungskosten dieser verlorenen und ersetzten Schiffe betragen habe, 3) welche Steuer den Reedern auf den Überschuß zwischen Anschaffungskosten und Entschädigungssumme auferlegt worden sei, antwortete der Vertreter des Schiffahrts-Ministeriums: Unter der Voraussetzung, daß die Anfrage nicht nur auf solche englische Schiffe sich bezieht, welche während ihrer Inanspruchnahme für Regierungsdienste und während sie im unmittelbaren Risiko der

Regierung standen, verloren gingen, und daß demnach alle Schiffe ausgeschossen sind, welche in der staatlichen Kriegerversicherungs-Abteilung versichert waren, stellen sich die Beträge folgendermaßen:

gezahlte Entschädigungen	£ 104 031 271
ursprüngliche Anschaffungskosten	„ 51 116 806
ferner wurden für 25 Schiffe, deren Anschaffungskosten nicht zu ermitteln waren „	1 368 825
	bezahlt.

Außerdem schweben zurzeit noch einige unerledigte Fälle. So weit dem Schiffahrts-Ministerium bekannt ist, ist keine Steuer von diesen Beträgen erhoben worden, welche nicht Einkommen, sondern Kapital darstellen und zum Ersatz der verlorenen Schiffe gebraucht werden.

Hb.

Gegen die Beteiligung ausländischen Kapitals in der englischen Schiffahrt wendet sich ein an „alle englischen Reeder und Schiffbauer“ gerichteter Erlaß des Schiffahrts-Ministeriums, in welchem es heißt: Es ist zur Kenntnis der Schiffahrtsamtes gelangt, daß in gewissen Fällen Verhandlungen zwecks Ankauf englischen Schiffraums oder zwecks Kontrahierung von Schiffen in englischen Werften geführt wurden wobei die mittelbare oder unmittelbare Beteiligung ausländischen Kapitals in Frage kam. Vor Abschluß solcher Verhandlungen und zum Schutze der englischen Handelsflotte sind in jedem Falle genaue Angaben zur Genehmigung beim Schiffahrtsamt einzureichen. Bei Abmachungen über im Be-

trieb befindliche Schiffe sind diese Angaben einzureichen, wenn die Genehmigung des Verkaufs gemäß Verordnung 39 C C nachgesucht wird. Im Falle der Kontrahierung neuer Schiffe sind die Angaben dem Antrag auf Bauerlaubnis beizufügen.

Der Verkauf englischer Schiffe an Ausländer, welcher während des Krieges vollständig verboten war, ist seit Abschluß des Waffenstillstandes in begrenztem Maße und unter gewissen Bedingungen wieder zugelassen worden. Die diesbezügliche Verordnung, welche sehr allgemein und unklar gehalten war, sah vor, daß englische Schiffe an das Ausland verkauft werden dürften, sofern das betreffende Schiff mehr als 15 Jahre alt war und der Verkäufer entweder von der Regierung ein Standardschiff käuflich erwarb oder einer englischen Werft den Neubau eines Dampfers in Auftrag gab. Für die Auslegung dieser Verordnung enthält ein neuerlicher Erlaß des Schiffsverkehrs-Ministeriums an sämtliche englische Handelskammern nähere Anweisung. Es heißt darin: Unter Bezugnahme auf die Verordnung unter 62 681/18 vom 14. Januar 1919 betreffend den Verkauf englischer mehr als 15 Jahre alter Schiffe an Ausländer ist ein Punkt besonders zu berücksichtigen, welcher leider nicht von vornherein genügend klar gestellt worden ist. Bei Feststellung des Kaufpreises für ein Standardschiff, welches als Ersatz für ein an das Ausland verkauftes Schiff erworben wird, ist der von dem Auslande erzielte Kaufpreis besonders zu berücksichtigen. Es würde ungerechtfertigt erscheinen, wenn der Reeder eines alten an das Ausland veräußerten Schiffes unter den heutigen Verhältnissen einen Preis erzielt, der zur Anschaffung eines neuen Dampfers annähernd ausreicht und in den Besitz des ganzen Gewinnes käme, der ihm lediglich daraus erwächst, daß ihm die Verkaufserlaubnis erteilt wird. Dieser ungerechtfertigte Gewinn würde außerdem einem begrenzten Kreise solcher Schiffsreeder zugute kommen, welcher alte Schiffe besitzt, während die Reeder neuzeitlicher Dampfer von der Vergünstigung ausgeschlossen bleiben. Es wird deshalb bestimmt, daß in allen Fällen von Schiffsverkäufen an das Ausland ein Teil des Unterschieds zwischen dem tatsächlich erzielten Preise und demjenigen, welcher im englischen Markte zu erzielen gewesen wäre, an die königliche Regierung abzuführen ist. Die Zahlung hat entweder in der Form zu geschehen, daß das als Ersatz zu erwerbende Standardschiff entsprechend teurer bewertet wird, oder durch Barzahlung im Falle ein laufender Baukontrakt übernommen oder ein neuer Baukontrakt geschlossen wird. Die Festsetzung der Abgabe ist in jedem einzelnen Falle Gegenstand der Verhandlung mit dem Schiffsverkehrs-Ministerium.

Hb.

Vereinigte Staaten

Abschreibungen auf den Baupreis der amerikanischen Staatsflotte. Die Ungewißheit der amerikanischen Reeder über die Politik, die das Schiffsverkehrsamt bei der künftigen Verwendung seiner auf Staatskosten gebauten und noch zu bauenden Schiffe befolgen wird, ist noch immer nicht beseitigt. Es scheint indessen, als ob der Gedanke eines staatlichen Schiffsverkehrsbetriebes mit der wachsenden Erkenntnis der Schwierigkeiten mehr und mehr in den Hintergrund getreten ist und der ursprüngliche Plan, die Schiffe nach Fertigstellung den Privatreedern zum Kauf anzubieten, die Unterstützung der führenden Leute gewonnen hat. Nachdem erst vor kurzem der bisherige Leiter der Fleet Corporation, Mr. Schwab, sich dahin ausgesprochen hat, daß es richtiger sei, die Schiffe den Privatreedern zu überweisen, hat sich jetzt auch der Präsident des Schiffsverkehrsamtes, Mr. Hurley, über den Umfang der Abschreibungen vom Schiffswerte ausgelassen, die die Regierung vorzunehmen gedenkt, um den Käufern den Erwerb der Schiffe zu einem annehmbaren Preise zu ermöglichen. Daß die Schiffe zu teuer gebaut worden sind — der Durchschnittsbaupreis per t d w beträgt jetzt ungefähr 250 \$ —, und daß deshalb ein Teil der hohen Baukosten als allgemeine Kriegskosten abgeschrieben werden muß, wenn die Schiffe sich künftig im Wettbewerb mit anderen Flaggen behaupten sollen, wird von der Regierung anerkannt. Hurley beabsichtigt von den Kosten der Notstandsflotte, die man nach der bisherigen Steigerung des Durchschnittsbaupreises auf mehr als 3 Milliarden \$ schätzen müßte, etwa 1 Milliarde \$ abzuschreiben. Durch diese Verminderung um ein Drittel würde der Preis der amerikanischen Schiffe in die Nähe des Kaufpreises der englischen Standardschiffe rücken. Ob das bereits genügen wird, einen Anreiz zum Kauf auf die amerikanischen Reeder auszuüben, ist zweifelhaft. Die Reeder rechnen im Hinblick auf ihre höheren Betriebskosten und die staatlich regulierten Frachtraten mit

einem weiteren Entgegenkommen der Regierung bei Überlassung der Schiffe. Bekanntlich hat die New Yorker Handelskammer kürzlich dem Kongreß den Vorschlag unterbreitet, die einzelnen Schiffe sollten den Privatreedern zu einem Preise angeboten werden, der dem jeweiligen im Ausland für Schiffe gleicher Größe und Beschaffenheit geforderten, entspräche. Von diesem Preise solle der Käufer 25 % in bar erlegen, der Rest solle als Hypothek auf das Schiff eingetragen und in 15 Jahren amortisiert werden. Nach fünf Jahren solle jedoch der Käufer das Recht haben, einer Neuregelung des durch den Kaufvertrag begründeten Schuldverhältnisses auf der Basis der dann gültigen Baupreise vornehmen zu lassen. Wieweit dieser Vorschlag die Billigung der in Betracht kommenden Stellen finden wird, läßt sich zurzeit noch nicht sagen. Für sorgfältig und gut gebaute Schiffe könnte die Regierung, auch wenn sie sich zu keinen weiteren Erleichterungen als der erwähnten Abschreibung entschliesse, vielleicht jetzt bereits Käufer finden, aber sie wird gerade diese besseren Schiffe kaum zuerst zum Verkauf bringen, um nicht mit den weniger begehrten Fahrzeugen wie den Holzdampfern und fabricated ships sitzen zu bleiben. Manche Reeder sind der Ansicht, daß das Schiffsverkehrsamt, falls die Käufer ausbleiben, den größeren Teil der Notstandsflotte in Händen behalten und mit ihm gewisse regelmäßige Verbindungen einrichten wird, deren Leitung und Betrieb dann Meistbietenden für eine Reihe von Jahren übertragen werden könnte.

A. K.

Der Schiffsverkehr der Vereinigten Staaten im Fiskaljahr 1918. Dem jüngst veröffentlichten Bericht des amerikanischen Bureau of Foreign and Domestic Commerce über das Fiskaljahr 1918 (endend 30. Juni) zufolge sind aus Häfen der Vereinigten Staaten während des Berichtsjahres 46 013 982 Netto-Reg.-T. im Handelsverkehr ausklariert worden. Im vorhergehenden Fiskaljahr betrug die ausgehende Tonnage 52 077 070 Netto-Reg.-T. Der Rückgang von ca. 11½ % ist eine Folge der erheblichen Tonnageverluste und der Inanspruchnahme immer zahlreicherer Schiffe für militärische Zwecke. In den fünf letzten Fiskaljahren zeigte der ausgehende amerikanische Handelsschiffsverkehr nach Bestimmungserdteilen geordnet, folgende Ziffern:

	in 1000 Netto Registertonnen				
Nach	1914	1915	1916	1917	1918
Europa	20 046	18 660	19 927	18 885	14 264
Nordamerika nebst Mexiko, Kanada, Westindien usw.	28 311	24 102	26 948	27 711	27 182
Südamerika	2 430	1 943	2 708	2 773	2 228
Asien	1 287	1 091	1 620	1 586	1 550
Australien	753	650	754	598	544
Afrika	406	438	466	525	236
	53 183	46 885	52 423	52 077	46 014

Während der letztjährige Verkehr nach nordamerikanischen Plätzen sowie nach dem Osten sich annähernd auf der Höhe des vorhergehenden Jahres gehalten hat, ist der nach Europa ausklarierte Handelsschiffsraum, der fast ein Drittel der Gesamttonnage ausmacht, aus den erwähnten Ursachen erheblich zurückgegangen. Auch in der Fahrt nach Südamerika und Australien sind leichte Rückgänge festzustellen. Relativ am stärksten hat der Verkehr nach Afrika abgenommen, der unter die Hälfte seines vorjährigen Umfangs zurückgesunken ist.

Der Anteil der amerikanischen Flagge am Schiffsverkehr hat sich infolge der zunehmenden Größe der amerikanischen Handelsflotte trotz der wachsenden Ansprüche der militärischen Behörden weiter gesteigert, er betrug im letzten Jahre 41,9 %, während er sich 1917 auf 36,8 % und 1916 auf 25,8 % belaufen hatte.

A. K.

Einheitliche Hafenkosten an der Pazifikküste. In den Kreisen der am Schiffsverkehr der Pazifikküste beteiligten Reeder wird der Plan erwogen, die Regierung zur Einführung einheitlicher Hafenkosten für die Häfen der nordamerikanischen Westküste zu veranlassen. Die Idee wird besonders eifrig von Mr. R. Dollar, dem Leiter der Dollar Steamship Co., vertreten. Durch Einführung einheitlicher, für alle Schiffe gültiger Taxen würde insbesondere mit dem Vorrecht gewisser, den Eisenbahngesellschaften gehöriger Linien, die an eigenen Anlagestellen löschen und laden, gebrochen.

A. K.

Amerikanische Motorschiffe. Ein interessanter und beachtenswerter Bestandteil des amerikanischen Schiffbauprogramms sind die von der Fleet Corporation bestellten 36 Motorschiffe von zusammen 180 000 t d w. Die Schiffe, die im Laufe dieses Jahres geliefert werden sollen, sind von gleichem Typ und werden nach Art der fabricated ships gebaut; ihre Einzelteile

werden also in verschiedenen Werken hergerichtet und später auf der Werft zusammengestellt. Die Schiffslänge (über alles) wird 345 Fuß, die Breite 46 Fuß, der Tiefgang (beladen) 21 Fuß, die Tragfähigkeit 5000 t und die Durchschnittsgeschwindigkeit 10 Seemeilen betragen. Den Antrieb bewirken zwei Dieselmotoren von je etwa 1000 indizierten Pferdestärken. Zwei verschiedene Typen von Motoren kommen in Anwendung. Für 10 Schiffe sind die erforderlichen Antriebsmotoren bei der Skandia Pacific Oil Engine Co. in Oakland, Cal., bestellt, die eine Lizenz der Amsterdamer Werkspoor Co. erworben hat und jetzt zum ersten Male in Amerika Werkspoor-Dieselmotoren bauen wird. Für die übrigen 26 Schiffe werden die Antriebsmotoren von der Mc. Intosh & Seymour Corporation in Auburn geliefert, die eine Lizenz der Stockholmer Polar Co. besitzt und bereits eine große Anzahl Motoren

dieses Typs für in Amerika gebaute Schiffe angefertigt hat. Beide für den Antrieb verwandte Motortypen sind also europäischen Ursprungs. Der Bunkerraum der Schiffe reicht für die Aufnahme von fast 1000 Tonnen Öl aus und da der tägliche Verbrauch der Antriebs- und Hilfsmaschinen sich nur auf 7 Tonnen stellen wird, so wird die Fahrt ohne Neuauffüllung der Bunkervorräte ungefähr bis zu 140 Tagen ausgedehnt werden können.

Die Hilfsmaschinerie der neuen Schiffe wird wie auf den Motorhochseeschiffen der dänischen Ostasiatischen Kompagnie elektrisch betrieben werden. Zwei Elektromotoren von je 100 kw werden im Maschinenraum aufgestellt werden und die Kraft liefern für das Ladegeschirr, die Pumpen, das Steuer, ruder usw. A. K.

Rohstoffe und Warenmärkte

Jute

Weltmarkt. Herr Carl Trapp schreibt unter dem 6. 3.: „In England besteht die Ungewißheit in der Geschäftslage weiter fort, trotzdem inzwischen die meisten Regierungsverfügungen, die einer uneingeschränkten Herstellung, sowie dem Verkauf und der Ausfuhr hindernd im Wege standen, aufgehoben wurden. Die Käufer bleiben nach wie vor äußerst zurückhaltend, in der Annahme, dadurch einen Preissturz für Garne und Gewebe zu veranlassen. Die Fabrikanten haben natürlich den Wunsch, die Preise wenigstens solange zu halten, bis die aus dem teureren Rohmaterial hergestellten Waren abgesetzt sind, und es erregt großen Unwillen, daß die Regierung fortfährt, ihre Heeresbestände unter Höchst- und Marktpreisen abzustoßen. Die Rückkehr zu normalen Verhältnissen ist viel schwieriger als man gedacht hatte. Aber nicht nur im Jutehandel herrschen diese unhaltbaren Zustände, sondern auch in allen anderen Industriezweigen ist die Lage dieselbe; allenthalben hoffen die Käufer auf ein baldiges Fallen der Preise und erteilen daher nur die allernotwendigsten Aufträge. Zu dem mangelnden Absatz tritt in Großbritannien, und wie aus verschiedenen Berichten ersichtlich ist, auch in anderen Entente-Ländern, die Arbeitsunlust und das Bestreben, die durch Rohmaterialmangel während der Kriegszeit notgedrungen herabgesetzte Arbeitszeit beizubehalten.“

An Rohjute ist jetzt in Dundee kein Mangel mehr und auch in London haben sich erhebliche Vorräte angesammelt. Seit dem 1. August bis Mitte Februar sind etwa 1 040 000 Ballen in England angekommen und weitere 150 000 Ballen waren zu diesem Zeitpunkt unterwegs. Das Geschäft bewegt sich in sehr engen Grenzen; soweit Verkäufe bekannt wurden, handelt es sich nur um Bedarfsgeschäfte; von den neutralen Staaten trat Schweden für einige tausend Ballen als Käufer auf. Frankreich soll zunächst vom Londoner Lager versorgt werden. Die Maximal-Konsumziffern vor dem Kriege werden nach Ansicht englischer Fachleute in Europa kaum wieder erreicht werden, da mit Bestimmtheit auf Einschränkung des Bedarfs und Herabsetzung der Arbeitszeit gerechnet wird. Während die letzten Notierungen für erste Marken £ 38.10 bis £ 40 fob lauteten, wird unter dem 5. 3. aus Dundee gemeldet, daß Rohjute weiter weichend ist und £ 37.15 cif notiert, auch die Warenpreise gehen zurück. Hessians oz 40¹⁰/₁₀ sind zu 8 £ 16 s 48 d käuflich.

In Calcutta sind die Ablader der Ansicht, daß, nachdem die Frachtrate für Jute so bedeutend herabgesetzt worden ist, die Spinner auch etwas mehr für das Rohmaterial zahlen können. Eine weitere Frachtreduktion hat inzwischen stattgefunden, und zwar von 10 £ auf 6 £ je 5 Ballen, d. i. also £ 6.14.5 je ton. Die Rohjuteangebote werden jetzt wieder zu cif Bedingungen gemacht.

Anfang Februar offerierte Calcutta zum ersten Male wieder fertige Ware, 40 s 3 d für Hessians 10¹/₂ oz. 40 in. und 32 s 6 d für 8 oz. 40 in. cif Dundee auf neuen Kontrakt für März-Verschiffung. Diese Angebote erregten in Dundee naturgemäß großes Interesse, obgleich der neue Gunnies-Kontrakt wenig Anklang findet (siehe Jutebericht in Nr. 7 des „W.-D.“). Eine weitere Bedingung dieses Kontraktes ist, daß die Ablader die Lagerung in Calcutta übernehmen müssen, falls Verladung aus Frachtraummangel nicht möglich ist, während andererseits aber die Empfänger der Ware für verspätete Verladung keinerlei Vergütung erhalten. Inzwischen wurden kleinere Umsätze zu 42 s für 40 in. 10¹/₂ oz. und 33 s 2 d für 40 in. 8 oz., März Abladung cif Dundee getätigt. Die 4 tägige Arbeitswoche in Calcutta ist wieder aufgehoben worden; bis

Ende Juni soll wieder 5 Tage die Woche in den indischen Fabriken gearbeitet werden.

In New York ist das Jutegeschäft gering zu weichen den Preisen. Die Ausfuhrbeschränkungen für Jute und Jutewaren von Amerika sind nach allen Ländern aufgehoben worden, während Einfuhrverbote für die feindlichen Länder noch bestehen bleiben.“

Dem Bericht des englischen Regierungsausschusses zum Studium der Juteversorgung entnehmen wir: Der Bedarf beträgt nach dem Friedensstand und bei voller Ausnutzung aller Betriebe (in 1000 Ballen zu je 400 lbs):

Britisches Reich	6720	Neutrale	382
Alliierte Länder	1270	Feindliche Länder....	1252
Vereinigte Staaten	650	Weltbedarf	10 274

Die Erzeugung betrug ohne die 250 000 Ballen, die in Indien von den Arbeitern verbraucht werden, ohne daß sie in Fabriken kommen, in 1000 Ballen für das Erntejahr von Juli bis Juni: 1913/14 1914/15 1915/16
6336,6 8599,4 8262,4

Das Weltangebot schwankt zwischen 7¹/₂ und 10 Mill. Ballen und die Anbaufläche zwischen 2¹/₂ und 3 Mill. acres.

Angesichts des Mißverhältnisses von Erzeugung und Verbrauch tritt der Ausschuss dafür ein, daß Indien sein Monopol durch Erhebung von Ausfuhrzöllen besser ausnützt als bisher. Er schlägt vor, daß der Zoll bei Ausfuhr nach Orten innerhalb des britischen Reiches ganz zurückvergütet wird, teilweise bei Ausfuhr nach Verbandsländern und kaum oder garnicht bei Ausfuhr nach neutralen Ländern, während die feindlichen Länder nicht nur den vollen Zoll tragen, sondern auch noch rationiert werden sollen.

Gegen diese Vorschläge wendet sich der Statist und macht den Gegenvorschlag, die Notlage durch Steigerung der Erzeugung zu beheben, was durch Vergrößerung der Anbauflächen und auch durch verbesserte Methoden geschehen könne.

Brasilien. Der Jutebedarf ist sehr groß. Allein für die Kaffeeausfuhr werden jährlich etwa 10 Mill. Säcke benötigt. Die Juteeinfuhr betrug in t:

1917	21 350	1914	10 796	1915	19 426
1916	20 801	1913	19 964		

Die Anbauversuche zum Ersatz der indischen Jute durch einheimische Faserstoffe haben bislang zu keinem praktischen Ergebnis geführt. Die natürlichen Verhältnisse, Klima und Boden sind in einigen Landstrichen Brasiliens dem Anbau von Jute günstig, z. B. in den Niederungen des Staates Bahia. Schon im Jahre 1901 wurde in Sao Vicente bei Santos ein Versuch gemacht, der fast 3 m hohe Pflanzen mit scheinbar zur Verarbeitung geeigneten Fasern lieferte. Ein weiterer in Realengo bei Rio angestellter Versuch hatte ebenfalls Erfolg.

Peru. Wie in Paraguay und in Brasilien haben auch in Peru die hohen Preise für Jutesäcke die Bestrebungen zur Gewinnung von einheimischen Faserstoffen gefördert. Versuche haben ergeben, daß für Peru der Sisal (Hennequen) und Flachs in Frage kommen. Es wurden Anbauversuche mit Sisal aus Yucatan und mit Cabulla aus Ecuador in verschiedenen Teilen des Landes gemacht, die besonders in der Gegend von Huanaco von Erfolg waren.

Niederländisch-Indien. Angesichts des großen Bedarfs an Jutesäcken — 1914 wurden für 5 Mill. fl nach Java und Madura eingeführt — setzt man große Hoffnungen auf den Anbau juteähnlicher Faserstoffe. Unter diesen hat man noch am meisten Erfolg gehabt mit der Javajute (*Hibiscus cannabinus*), die in vier verschiedenen Qualitäten gewonnen wird. Daraus hergestellten Säcke sind zwar schwerer als Jutesäcke, aber sehr haltbar.

Kapok

Über den Rohkapokmarkt schreibt uns Herr Direktor O. Cantzler von den Deutschen Kolonial-Kapokwerken in Potsdam: „Der Rohkapokhandel, der während des Krieges fast ausschließlich von Java aus vor sich ging, wo Amerika, England und auch Frankreich direkt einkauften, hat sich inzwischen auch wieder in British-Indien etwas entwickelt, so daß einigen holländischen Fabrikanten in letzter Zeit Ware von England aus angeboten wurde. Im allgemeinen ist jedoch nach wie vor der Java-Kapok weltbeherrschend, und erst mit der Einführung entsprechender Aufbereitungsmaschinen, hoffentlich deutschen Ursprungs, wird auch in anderen Ländern mit Kapokbeständen eine Gewinnung in größerem Stile möglich sein, z. B. in Südamerika, auf den Philippinen und in Mexiko. Daß in absehbarer Zeit aus den Gebieten unserer afrikanischen Kolonien Kapok wieder nach Deutschland gelangt, ist kaum zu erwarten. Es war interessant, eine englische Meldung zu vernehmen, daß man sich in England den Kapok unserer ostafrikanischen Kolonie mit gutem Vorteil dienen läßt.“

Rohkapokbestände, die Deutschland heute im neutralen Ausland zugänglich sind, gibt es nur außerordentlich wenig. Es sind zwar in Holland vor kurzem ungefähr tausend Pikuls (Ballen von etwa 35–40 kg) von Niederländisch-Indien angekommen, jedoch ist diese Ware sofort von den holländischen Kapokfabrikanten restlos aufgenommen worden. Auf Java sind jedoch große Vorräte. Man hofft spätestens Ende Mai Zufuhren von dort in Holland zu erhalten, an denen alsdann hoffentlich auch Deutschland schon wird teilnehmen können. Auch in Liverpool lagert für holländische Rechnung eine größere Ballenanzahl von Rohware, auf deren Herüberbringen in aller Kürze gehofft wird.

Der heutige Preis in Rohware auf spätere Ankunft wird mit 90 cts je 1/2 kg notiert.“

Hanf

Weltmarkt. Es herrscht, wie das New Yorker „Journal of Commerce“ schreibt, Überproduktion. In Manilahanf besteht ein Überschuß von schätzungsweise 4–500 000 Ballen auf der Welt, ebenso sind die Vorräte von Mexikosisal sehr groß; sie betragen mindestens zwei Drittel der Normalerzeugung einer Saison. In der Hauptsache lagern die Vorräte in Manila bzw. Yucatan, aber auch in den pazifischen Häfen der Ver. Staaten in New York. Amerikanische Banken sind in hervorragender Weise an der Finanzierung der Ernten beteiligt, auch die Großverbraucher haben sich bedeutende Vorräte gesichert, ferner ist die Regierung der Ver. Staaten im Besitz großer Lager von bearbeiteter Ware, die mindestens ein Jahr lang reichen werden.

Philippinen. Wie das „J. of C“ v. 26. 12. berichtet, geht die Regierung mit dem Plan um, die Regierungsaufsicht über das Hanfgeschäft noch weiter auszubauen. Einzelheiten sind noch nicht bekannt, jedoch verlautet, daß die Absicht besteht, die Spekulation zu hindern durch eine Kontrollstelle nach Art der Comision Reguladora del Mercado de Hennequen in Yucatan, die den Pflanzern und auch dem Handel bereits sehr wertvolle Dienste geleistet hat. Zur Durchführung dieser Pläne, die auf eine Valorisation hinauslaufen, will man einige große Bankhäuser zur Mitwirkung gewinnen. Wie ausdrücklich versichert wird, haben diese Pläne mit der bisherigen Preispolitik nichts zu tun, vielmehr will die Regierung der Philippinen die Höchstpreise nicht aufrechterhalten, sondern will jetzt im Interesse der Pflanzern verhüten, daß die Preise unter eine gewisse Grenze herabgehen. Die Ausfuhr von Manila betrug nach dem „Public Ledger“ in 1000 Ballen: 1. 1. 18–9. 12. 18

	1918	1917
nach Europa	460	353
„ Ver. Staaten ..	681	736
Vorrat am 9. 12.	247	151

In den Kriegsjahren hat man die Verarbeitung auf den Philippinen selbst in größerem Umfang aufgenommen. Es gibt dort jetzt 3 Fabriken, welche Seile herstellen, eine vierte wird errichtet.

Japan. Die Anbauflächen für Hanf betrugen in ha:

1918	1917	Durchschnitt 1912/16
11 366	11 511	11 625

Bei einem Durchschnittsertrag von 8,1 dz vom ha würde die diesjährige Erzeugung mit 92 064 dz zu beziffern sein.

Mexiko. Die Ausfuhr von Sisalhant (Hennequen) betrugen in t:

1914	1915	1916	1917	200 000
197 340	176 055	1917	200 000	

Über die Monopolisierung des Sisalhandels entnehmen wir dem „Nachrichtendienst des Deutschen Wirtschaftsverbandes für Süd- und Mittelamerika“: Vor zwei Jahren wurde der Vertrieb in der Weise geregelt, daß der Staat das alleinige Kaufrecht auf die gesamte Produktion hat. Der Erzeuger erhält 10 cts gegen die früher üblichen Preise von 7–8 cts; der Staat verkauft die Ware für 25–27 cts weiter. Der Überschuß wird unter Abzug der tatsächlichen Unkosten kapitalisiert und für Rechnung der Produzenten verwaltet. Auf diese Weise soll bei den nordamerikanischen Banken bereits ein Fonds von über 30 Mill. \$ Gold aufgestapelt worden sein.

Vereinigte Staaten.	1917/18	1913/14
	t Mill. \$	t Mill. \$
Einfuhr von Rohhanf ..	93 033 33,19	49 668 97,8
Ausfuhr von Hanfwaren (Bindfaden, Tauwerk)	51 408 19,57	54 709 9,43

Getreide und Futtermittel

Halbmonat-Bericht

erstattet von Mitgliedern des „Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse“

Weizen

Vereinigte Staaten. Die amerikanischen Preisnotierungen, soweit sie sich auf Weizen beziehen, sind auch in der letzten Berichtsperiode gleich geblieben (237½ cts loko New-York). Wenngleich endgültige Nachrichten nicht vorliegen, so weisen doch Berichte der „Commercial West“ aus Minneapolis darauf hin, daß eine Lösung des Weizenpreisproblems nahe bevorsteht, und daß die Regierung ihren Verlust in einer Form auf sich nehmen wird, welche nicht eine besondere Störung in den Weltmärkten hervorrufen wird. Der bereits früher erwähnte Fonds, aus dem die Kompensationen den Farmern gezahlt werden sollen, wird jetzt auch von der Regierung ins Auge gefaßt, sodaß die Wahrscheinlichkeit, die diesjährige Ernte durch die regulären Handelskanäle zu leiten, näher gerückt ist. Man erwartet in den allernächsten Zeiten eine in allen Einzelheiten ausgearbeitete Vorlage, die dem Kongreß zur Annahme unterbreitet werden wird. Der Verlust wird natürlich von dem Ausfall der Ernte abhängen, wobei die Konkurrenz von fremdländischem Weizen noch nicht in Berücksichtigung gezogen ist. Die Regierung sowohl, wie auch private Sachverständige schätzen bei dem jetzigen günstigen Stand der Saaten die in diesem Jahre zu erwartende Ernte für beide Weizensorten auf mehr als 1250 Mill. bushels (34,25 Mill. tons); bei dieser Zahl würde der Regierungsverlust, wenn man die Parität mit australischem und argentinischem Weizen — in amerikanischen oder europäischen Hafen geliefert — herbeiführen wollte, 1 \$ für den bushel betragen, d. h. 1250 Mill. \$ oder auf den Kopf der Bevölkerung

12 \$. Der große amerikanische Farmer wird allein den Gewinn haben, während das Volk entweder durch höhere Brotpreise oder durch indirekte Steuer die Ausgabe decken muß. Aus demselben Gedankengang heraus folgt der „Price Current Grain Reporter“ v. 22. 1., daß das Problem ein politisches Gesicht erhalten werde, denn die Konsumenten in den Städten, die die Zeche bezahlen müssen, hätten keinerlei Sympathie für die Farmer und beklagten sich bereits jetzt bitter beim Kongreß über die hohen Preise.

Die amerikanischen Weizenaussichten bleiben weiter günstig. Obgleich der schütende Schnee verschwunden ist, sind keine Befürchtungen laut geworden. Die sichtbaren Vorräte haben etwas abgenommen und bezifferten sich am 1. März auf 118,2 Mill. bushels (3,2 Mill. tons) Weizen. Alle übrigen Veränderungen der amerikanischen Getreidearten sind aus der nachfolgenden Aufstellung in 1000 bushels erkenntlich.

	1. 3. 19	22. 2. 19	2. 3. 18	3. 3. 17	Unterschied gegen Vorwoche gl. W. 18
Weizen (Ver. Staat.)	118 219	121 206	9 739	49 662	— 2987 — 808
„ (Kanada) ..	44 397	44 289	15 476	35 374	+ 108 — 1458
Mais (Ver. Staat.)	4 483	5 232	8 949	12 931	— 749 + 1000
Hafer („)	27 663	29 090	13 949	36 746	— 1427 + 609
Roggen („)	17 896	18 707	1 225	2 014	— 811 — 334
Gerste („)	10 294	11 165	4 340	4 474	— 871 — 426

Argentinien. In den argentinischen Weizenpreisen ist keine besondere Veränderung eingetreten. Nach letzter uns vorliegender Meldung ist der Markt stetig und notiert für Weizen 10,45 Pesos; Vorräte 160 000 tons. Die Ankünfte von

Weizen nehmen weiter zu, die Qualität ist gut. Der Streik scheint vorüber zu sein.

Über die Einzelheiten des argentinischen Kontraktes mit den Alliierten ist ein erschöpfendes Urteil aus englischen Fachzeitschriften noch nicht zu entnehmen. Laut „Corn Trade News“ v. 24. 2. hat wohl die englische Regierung dem Ankaufskontrakt für Getreide und andere Produkte zugestimmt, aber keinesfalls den von der argentinischen Regierung festgesetzten Minimalpreis genehmigt. Deshalb würde die Royal Commission weniger Getreide, aber mehr Fleisch und Wolle kaufen. Nach englischer Auffassung wird die argentinische Regierung nicht in der Lage sein, angesichts der enormen Exportüberschüsse an Weizen und Mais den hohen Preis aufrecht zu erhalten. Bei ersterem lauten die Schätzungen von privater Seite auf 22—23 Mill. qrs Überschuß neuer Ernte und 5 Mill. qrs Restbestand aus der alten Ernte, sodaß man mit 27—28 Mill. qrs (5,8 Mill. tons) zu rechnen hätte. Lagerräume für derartige Mengen sind aber in Argentinien nicht vorhanden.

Australien. Nach englischen Berichten haben sich die Ernteaussichten infolge niedergegangenen Regens in Queensland gebessert. Über die anderen Distrikte liegen widersprechende Nachrichten vor. Man schätzt das Ergebnis nur auf 9,38 1 Mill. quarter gegen früher 9,5 Mill. quarter. Hiernach würde sich ein Überschuß von 4,5 Mill. quarter ergeben, zu dem der Rest von der Ernte 1918 mit 20 Mill. quarter käme, sodaß die Gesamtmenge 24,5 Mill. quarter = 5,3 Mill. tons sein würde. Die Qualität des australischen Weizens ist besser als die vorjährige, und ist mit 62 lbs je bushel anstatt 60½ lbs festgelegt. Weitere 20 000 tons Weizen sollen wiederum nach Schweden zu 5 s 9 d je bushel fob verkauft worden sein. Die von der englischen Regierung gekauften Mengen werden bis Ende Juli verschifft sein.

Indien. Die letzten über England gekommenen Nachrichten sind etwas günstiger, da etwas Regen gefallen ist. Immerhin ist der Rückgang der Anbaufläche mit ca. 10 Mill. acres zu veranschlagen, da nach letzten Schätzungen das gesamte Areal nur 23 472 000 gegen 33 912 000 des Vorjahres beträgt. Die Gesamternte an Weizen würde bei 10,7 bushel Durchschnittsertrag auf den acre gerechnet nur 34 Mill. quarters (7,4 Mill. tons) erreichen. Den indischen Bedarf schätzt „L. Gr. S. & O. R.“ v. 31. 1. auf ungefähr 39 Mill. quarter (8,5 Mill. tons), sodaß Indien für dieses Jahr als Weizenexportland ausscheiden würde. Der Vorjahresexport war so unbedeutend, daß die jetzigen Reserven den Ausfall einigermaßen mildern können. Im Anschluß hieran meldet „Corn Trade News“ v. 11. 2. und „Lond. Gr. Seed & O. R.“ v. 14. 2., daß 39 000 tons Weizen zu 5 s 6 d fob und weitere 9000 tons von der indischen Regierung in Australien gekauft worden sind.

Spanien. Nach einem Barcelonabericht sind die diesjährigen Getreideaussichten günstig.

England. Im cit-Geschäft sind in der letzten Februarwoche die Umsätze an den englischen Weizenmärkten etwas umfangreicher gewesen. Die Verkäufe einheimischer Sorten haben dagegen einen kleinen Rückgang erfahren. Der Durchschnittspreis für englischen Weizen betrug 76 s 3 d für 504 lbs. Das Wetter war für die Saatentwicklung weiter recht ungünstig, so daß man einen Rückgang des angebauten Areals befürchtet. Die Freigabe des Handels für Getreide beschäftigt jetzt nach den vielen Resolutionen der beteiligten Kreisen auch die Regierung, ohne daß bisher eine Entscheidung gefallen ist. Die Fachpresse befaßt sich ferner auch eingehend mit der Preisfrage des einheimischen Weizens: „Solange die Royal Commission importierten Weizen zu 80 s für 480 lbs verkauft, bleibt es eine schwere Aufgabe, den viel schlechteren englischen Weizen zu 76 s für 504 lbs zu verkaufen. Die Landwirtschaft soll einerseits mehr billige Nahrung hervorbringen, andererseits sehr hohe Löhne für die Landarbeiter zahlen. Nach der Auffassung der Landwirte ist beides nicht zu erreichen. Wenn die Getreideerzeugung aufrecht erhalten bleiben soll, muß ein entsprechender Preis für das Produkt festgelegt werden. Wenn nicht, wird das Land wieder in weit größerem Umfang, als früher, in Weideland umgewandelt werden.“ — Der Import von Weizen und Mehl in den letzten 5 Monaten betrug 10 840 059 qr (2,3 Mill. tons) gegenüber 5 974 900 qr (1,6 Mill. tons) des Vorjahres. Auf das Jahr umgerechnet, würde dies eine Gesamteinfuhr von ca. 26 Mill. qr (5,6 Mill. tons) ergeben.

Maïs

Während der letzten Tage dieser Berichtsperiode haben

sich die Maismärkte in den Vereinigten Staaten stark befestigt. Am 7. 3. war der Märztermin bis auf 140 cts gestiegen, der Lokopreis auf 159 cts. Am 8. 3. notierte Chicago 139 für März, 132¼ für Mai und 126¼ für Juli. Kleinere Bestände, geringfügige Zufuhren und abnehmende sichtbare Vorräte müssen als Gründe herhalten. Die vorhandenen Mengen sind nur halb so groß wie im Vorjahre. Der amerikanische Maisexport für 11 Monate des Jahres 1918 wird nach englischen Nachrichten nur mit 39,9 Mill. bushels (986 062 tons) angegeben, also verschwindend wenig angesichts der großen Ernte.

Aus Argentinien lauten die Ernteaussichten weiter überaus glänzend. Der Markt ist stetig, letzter Preis 4,60 Pesos. Vorräte 300 000 tons. Der argentinische Maisüberschuß wird von argentinischer Seite auf 2 400 000 tons geschätzt. Hierzu kommt noch der aus der Ernte 1918 verbleibende Rest von 1 260 000 tons, so daß der Gesamtüberschuß 3 660 000 tons betragen würde. Die „Corn Trade News“ halten diese Schätzung noch für viel zu niedrig und erhöhen sie auf 4—5 Mill. tons.

Hafer

Die amerikanischen Notierungen waren bis zum 6. 3. kaum wesentlich verändert. An diesem Tage ist eine Erhöhung um 3 cts eingetreten. Hafer notierte am 7. 3. für März 61¼ cts, für Mai 63¼ cts. Die sichtbaren Vorräte haben bedeutend abgenommen. Amtliche Washington-Schätzungen veranschlagen den europäischen Bedarf auf 118 Mill. bushels (1,7 Mill. tons). Diese Mengen können die Vereinigten Staaten allein liefern und noch einen Überschuß von 166 Mill. bushels (2,4 Mill. tons) behalten. Buenos Aires meldet bei zunehmenden Zufuhren und ruhiger Tendenz 5,85 Pesos. Vorrat 35 000 tons.

Roggen

Der amerikanische Preis ist für Loko-Roggen auf 146⅞ cts gestiegen. Es scheint, als wenn man in den Vereinigten Staaten mit dem baldigen Aufleben des Exportes rechnet. Nach einem amerikanischen Februarbericht kann nur durch diesen die absolut leblose Situation des Roggenmarktes beeinflusst werden. Im Gegensatz zum vorigen Jahr findet die Roggenmüllerei in diesem Jahre gar keine Beachtung, selbst nicht in den Staaten, in denen die Deutschen überwiegend sind, wie z. B. Milwaukee. In Minneapolis und im Osten ruht die Roggenmüllerei fast ganz. So bleibt die einzige Rettung der Export.

Ölsaaten und Ölkuchen

Amerikanische Leinsaatpreise sind in den letzten Tagen der Berichtswoche bis auf 360 cts heraufgelaufen. Aus Februarbriefen läßt sich erkennen, daß die reduzierten Lager bei steigendem Bedarf Preiserhöhungen zur Folge haben. Die südamerikanischen Verladungen beliefen sich in diesem Jahre auf nur 114 000 bushels. Da die Reisedauer von La Plata ca. 60 Tage beträgt, so ist für die nächsten Monate mit keinem Überfluß an Ware zu rechnen. Überdies erscheint der argentinische Export durch den letzten Regierungserlaß, wonach alle Verkäufe unter 18 Pesos annulliert werden müssen, behindert. Buenos Aires notiert bei ruhiger Tendenz 18,15 Pesos. Vorräte 70 000 tons.

Leinkuchen. In den uns vorliegenden Marktberichten über den englischen Kraftfuttermittelmarkt wird von dem „andauernden Schrei“ nach Lein- und Baumwollsaatkuchen aus englischen Farmerkreisen berichtet. Die Regierungsläger sind erschöpft, die einheimischen Fabriken können den Bedarf nicht befriedigen. Von anderen Kuchenarten, wie Palm-, Kokosnuß- und Erdnußkuchen sind kleine Lager vorhanden. Das einzige Heilmittel wäre die Freigabe der ausländischen Fabrikate in Baumwollsaat- und Leinkuchen. Diesem dringenden Verlangen hat nach einer vorläufig noch nicht kontrollierbaren Times-Meldung v. 1. 3. die Regierung Rechnung getragen und den Import von Leinsaat- und Baumwollsaatkuchen freigegeben.

Aus Amerika meldet der „Oil, Paint & Drug Reporter“ v. 25. 1., daß im Ölkuchenmarkt die Lage unverändert sei. Die Leinkuchennotierungen sind nominell 56 \$ je ton, wozu aber die Fabrikanten nicht verkaufen wollen. Bedarf fehlt ganz. Man wartet den Export ab, bei dessen Eintritt man mit Preisen um 70 \$ rechnet. Im Gegensatz hierzu wird am 1. 2. von anderer Seite berichtet, daß die Leinsaatkuchen einen Rückgang von 10—12 \$ erfahren haben. Zum ersten Male in den letzten Jahren sind runde Partien Ölkuchen zum Export verkauft worden.